FFE

Rundbrief 4/2022

Ausgabe Dezember 2022

FORUM FRIEDENSETHIK in der Evangelischen Landeskirche in Baden

FFE-Rundbrief (Print) ISSN 2198-6878 FFE-Rundbrief (Online) ISSN 2198-6886

Leitungskreis: Christiane Drape-Müller, Dr. Dirk-M. Harmsen, Manfred Jeub, Felix Klinger, Peter-Michael Kuhn, Johannes Maier, Helga Schmidt, Jürgen Stude, Dr. Wilhelm Wille

Editorial *von Manfred Jeub*

Wenn ich es recht sehe, so hat es bisher nur im Gründungsjahr des FFE, beim Jahrgang 2000, vier Ausgaben des Rundbriefes gegeben. Dass dies jetzt wieder der Fall ist, weist das Jahr 2022 als friedenspolitisch besonders kritisch aus. So hatten wir am 5. November aus unserem traditionellen Studientag eine große Konsultation mit dem Titel „Die Friedensbewegung und die sog. Zeitenwende“ gemacht, auf der 14 Organisationen vertreten waren. Hier sind zunächst zwei Solidaritätsadressen aus dem Plenum wiedergegeben; eine Dokumentation folgt in der nächsten Ausgabe.

Zur „Zeitenwende“ gehört, dass der Atomwaffenstandort in Büchel durch Modernisierung von Flugzeugen und Waffensystemen an Brisanz gewinnt und die Proteste dagegen wichtig bleiben. Dirk Harmsen lieferte vor Ort eine Gefahreneinschätzung.

Im Zentrum dieses Rundbriefes steht die Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Karlsruhe Anfang September, die der Leitungskreis intensiv begleitet hat. Im Vorfeld war in den Medien in zwei Punkten soweit Stimmung gemacht worden, dass die EKD weiche Knie bekam: erstens drohe beim Thema Israel ein zweites Kassel und zweitens müssten zu den Russisch-Orthodoxen die Beziehungen gekappt werden. (Die Berichterstattung vom Ereignis selbst war dann in der deutschen Presse erschreckend dünn.) Den Fehler, auf Konfrontation zu setzen und alle Kommunikation abzubrechen, machte der ÖRK nicht: Die Mitgliedschaft der russischen Kirche blieb bei allen Spannungen erhalten. Beim Nahost-Thema erfolgte eine so penetrante deutsche Regie, dass es kontraproduktiv wurde. Zwar kam die südafrikanische Initiative, Israel als Apartheidstaat zu verurteilen, nicht durch, aber die Schlussresolution beschreibt in wünschenswerter Klarheit die Unterdrückung der Palästinenser, spricht den Apartheidvorwurf an und empfiehlt ihn zu prüfen. Da dieses Dokument in Deutschland ebenso wenig Öffentlichkeit bekommen dürfte wie die Apartheid-Studie von Amnesty International, geben wir es hier wieder.

Ebenfalls ohne Echo in den deutschen Medien blieb, zu welchen Ergebnissen die neue Sonderberichterstatterin der Vereinten Nationen Francesca Albanese gekommen ist – wir veröffentlichen daher eine Zusammenfassung von Prof. Norman Paech in diesem Rundbrief.

Am 13. September empfing die neue badische Landesbischöfin den Leitungskreis des FFE, ergänzt um Theo Ziegler, zu einem Kennenlerngespräch. Dessen Plädoyer für die Initiative „Sicherheit neu denken“ geben wir hier wieder. Die Herbstsynode der Landeskirche, auf deren nicht-öffentlichem Studientag das FFE mit einem Info-Stand vertreten sein durfte, hat sich jedenfalls für eine Fortführung entschieden.

Die Aktivitäten des baden-württembergischen Antisemitismusbeauftragten Dr. Michael Blume, über dessen Attacken auf die Evangelische Hochschule Freiburg der FFE-Rundbrief 2/2022 berichtete, zielen weiter auf die Verhinderung jeglicher Israelkritik. Nachdem ihm dies bei einer Veranstaltung der GEW Heidelberg zu Kinderarbeit in Palästina gelungen war, sandte er der VHS Offenburg einen Denunziationsbrief zu der Veranstaltung unseres Leitungskreismitglieds Peter-Michael Kuhn über die Lage der Christen in Palästina. Diesmal ohne Erfolg, da die VHS-Leiterin ihn souverän abwies. Bezeichnend, dass darüber nur in einer kleinen, linken Zeitung (Junge Welt, vom 25.11.2022, Seite 4 berichtet wurde.)

https://www.jungewelt.de/artikel/439454.nahostkonflikt-mccarthy-methoden-in-s%C3%BCdwest.html?sstr=GEW

Inhalt

Editorial *von Manfred Jeub* ***1***

Zur derzeitigen Gefahr eines Atomwaffeneinsatzes in Europa *Kurzvortrag von Dr. Dirk-Michael Harmsen auf dem 5. Kirchlichen Aktionstag gegen Atomwaffen vor dem Haupteingangstor zum Fliegerhorst Büchel (25. Juni 2022)* ***3***

Die Präsenz des FFE bei der Weltversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Karlsruhe, 31. August bis 8.September 2022 ..... ***5***

1. Die Foto-Ausstellung „Besetzte Leben“ von Prof. Heinz-Heiner Schmitz ***5***

2. Nicht in unserem Namen! Demonstration vor den Toren der Ökumenischen Weltversammlung durch Mitglieder des Leitungskreises des FFE. *Erlebnisbericht von Manfred Jeub (15.9.2022)* ***9***

3. Bilder von der Exkursion mit Delegierten zum Atomwaffenstandort Büchel am Samstag, 3.September 2022 ..... ***13***

4. Beitrag des Leitungskreismitglieds Johannes Maier auf dem Workshop „Ökumenische Bewegung und Kirchen in Europa und den USA für internationales Recht und Menschenrechte in Palästina/Israel“ *(06.09.2022)* ***14***

5. Beitrag des Leitungskreismitglieds Dirk-M. Harmsen auf dem Workshop „Nukleare Abrüstung. Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen“ *(06.09.2022)* ***15***

"Streben nach Gerechtigkeit und Frieden für alle im Nahen Osten", eine Erklärung der 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen *(12.09.2022)* ***18***

Bericht der Sonderberichterstatterin Francesca Albanese zur „Situation der Menschenrechte in den palästinensischen besetzten Gebieten seit 1967“ *referiert von Prof. Dr. Norman Paech, (21. 11. 2022)* ***22***

Der Friedensethische Prozess in der Badischen Landeskirche und Sicherheit-neu-denken *Votum von Dr. Theodor Ziegler beim Gespräch des FFE-Leitungskreises mit Landesbischöfin Prof. Dr. Heike Springhart (13.9.2022)* ***23***

Zwei Solidaritätsadressen des FFE- Studientages am 5. November 2022 in Karlsruhe *(5.11.2022)* ***26***

Impressum ***28***

Zur derzeitigen Gefahr eines Atomwaffeneinsatzes in Europa

Kurzvortrag von Dr. Dirk-Michael Harmsen auf dem 5. Kirchlichen Aktionstag gegen Atomwaffen vor dem Haupteingangstor zum Fliegerhorst Büchel (25. Juni 2022)

Am 27. Februar 2022, vier Tage nach Beginn des russischen Angriffs in der Ukraine, sagte der russische Präsident Wladimir Putin in einer Fernsehansprache: „*Die Spitzenpersönlichkeiten der führenden Nato-Staaten lassen aggressive Äußerungen gegen unser Land zu, deshalb befehle ich dem Verteidigungsminister und dem Chef des Generalstabs, die Streitkräfte der Abschreckung der russischen Armee in ein besonderes Regime der Alarmbereitschaft zu versetzen*“. Das war eine unverhohlene Drohung, Atomwaffen einzusetzen, wenn es schlecht für die Russische Föderation läuft.

Ich gliedere meinen Kurzvortrag in zwei Teile:

1. Zur Vorgeschichte des seit dem 24. Februar 2022 tobenden Ukrainekrieges.

2. Zur derzeitigen Gefahr eines Atomwaffeneinsatzes in Europa.

Im Zurückblicken auf die vergangenen 30 Jahre internationaler Politik wird immer klarer, dass die US-Administrationen Vieles unternommen haben, um ihre hegemoniale Stellung in der Welt nicht zu verlieren. Was das Verhältnis zu Europa anbetrifft, sollten die europäischen Anstrengungen für eine „Gemeinsame Sicherheit“ zwischen der Bundesrepublik Deutschland bzw. der Europäischen Union und Russland nach Möglichkeit unterbunden, Zwietracht zwischen den europäischen Staaten gestreut und im letzten Jahrzehnt immer offener wirtschaftlicher Druck auf Russland durch wirtschaftliche Sanktionen ausgeübt werden. Das wirksamste Mittel hierfür war die fortgesetzte Osterweiterung der NATO bis hin zum Versprechen der NATO-Mitgliedschaft an die Ukraine und an Georgien durch die Bush-Administration im Jahr 2008.

George Kennan, US-amerikanischer Historiker und Diplomat war einer der ersten nachdrücklichen Warner vor einer Osterweiterung der NATO. Im Februar 1997 schrieb er in einem Gastbeitrag für die New York Times, dass die Entscheidung der Regierung Clinton, die NATO bis zu den Grenzen Russlands zu erweitern, „*der verhängnisvollste Fehler der amerikanischen Politik*“ seit dem Ende des Kalten Krieges sei. Zuvor hatte der US-Regierungsberater Zbigniew Brzezínski[1] gefordert, die USA müsse als einzige Supermacht ihr Potential nutzen, um eine globale Sicherheitsordnung zu schaffen. Dazu gehöre auch, jede Macht zu neutralisieren, die sie dabei ernsthaft behindern könnte. Auf dem „eurasischen Kontinent“ erscheint Russland als solcher Gegner. Die Herauslösung der Ukraine aus dem russischen Einflussbereich reduziere Russland zu einer ungefährlichen Regionalmacht.

Die klandestinen Waffenlieferungen und die finanziellen milliardenschweren Unterstützungen der USA an die Ukraine sowie die Bemühungen der Europäischen Union, die Ukraine in das EU-Wirtschaftssystem zu integrieren, führten dazu, dass sich die russische Führung in den zurückliegenden 10 Jahren mehr und mehr durch die westlichen Avancen in ihrem Herrschaftsbereich bedrängt fühlte.[2] Das am 24. März 2021 unterzeichnete ukrainische Regierungsdekret Nr. 117/2021über die De-Okkupation und

---

[1] Zbigniew Brzeziński 1997. The Grand Chessboard. American Primary and Its Geostrategic Imperatives. www.cia.gov/library/abbottabad-compound/36/36669B7894E857AC4F3445EA646BFFE1_Zbigniew_Brzezinski_-_The_Grand_ChessBoard.doc.pdf; Zitat aus Fußnote 2: Das Buch handelt in großen Teilen vom geostrategischen Gewicht der als »mittlerer Raum« bezeichneten postsowjetischen Staaten in Osteuropa. Brzezińskis Ausführungen lesen sich wie ein Drehbuch der Konfliktentwicklung. Er fordert,»[…] eine spezifische US-Politik zu formulieren, die in der Lage ist, die […] Verhältnisse auszubalancieren, mitzubestimmen und/oder unter Kontrolle zu bekommen, um unverzichtbare US-Interessen zu wahren und zu stärken, und eine umfassendere Geostrategie zu entwerfen, die auf globaler Ebene den Zusammenhang zwischen den einzelnen Feldern der amerikanischen Politik herstellt. […] den entschlossenen Umgang mit geostrategisch dynamischen Staaten und den behutsamen Umgang mit geopolitisch katalytischen Staaten entsprechend dem Doppelinteresse Amerikas an einerkurzfristigen Bewahrung seiner einzigartigen globalen Machtposition und an deren langfristiger Umwandlung in eine zunehmend institutionalisierte weltweite Zusammenarbeit. Bedient man sich einer Terminologie, die an das brutalere Zeitalter der alten Weltreiche gemahnt, so lauten die drei großen Imperative imperialer Geostrategie: Absprachen zwischen den Vasallen zu verhindern und ihre Abhängigkeit in Fragen der Sicherheit zu bewahren, die tributpflichtigen Staaten fügsam zu halten und zu schützen und dafür zu sorgen, dass die ›Barbarenvölker‹ sich nicht zusammenschließen«.

[2] Eine detaillierte Darstellung der zurückliegenden politischen Entwicklungen bis in die jüngste Gegenwart findet sich bei Czada, Roland 2022, „Realismus im Aufwind? Außen- und Sicherheitspolitik in der ‚Zeitenwende‘“, Leviathan, 50. Jg., 2/2022, S. 216 – 238, DOI: 10.5771/0340-0425-2022-2-216

Rückeroberung der Krim und der Donbas-Region[3] führte im April 2021 zur Verlegung russischer Truppen an die Grenze zur Ukraine. Am 10. November 2021 unterzeichneten die Außenminister der USA und der Ukraine die neue Charta der strategischen Partnerschaft zwischen beiden Ländern. In der Charta bekräftigen die USA ihre Unterstützung der Souveränität der territorialen Unversehrtheit und Unabhängigkeit der Ukraine innerhalb ihrer international anerkannten Grenzen, einschließlich der Krim.

Ich bin der Meinung, dass die beiden hier geschilderten Ereignisse im Jahr 2021 maßgeblich die Entscheidung Putins beeinflusst haben, jetzt Krieg gegen die Ukraine zu führen, der eigentlich ein Stellvertreterkrieg ist zwischen USA und deren NATO-Mitgliedsstaaten einerseits und Russland andrerseits.

Ich komme zum zweiten Teil meines Kurzvortrags, zur derzeitigen Gefahr eines Atomwaffeneinsatzes in Europa.

Zu Beginn dieser Woche, am 20. Juni 2022, fand anlässlich des Ersten Treffens der Vertragsstaaten (1 MSP) des Atomwaffenverbotsvertrags (AVV = TPNW) in Wien die vierte „Internationale Konferenz über die humanitären Auswirkungen von Kernwaffen (HINW)“ statt in einem Kontext der Angst, aber auch der Hoffnung. Angst, weil in jüngster Zeit der Einsatz von Atomwaffen angedroht wurde und die Atomwaffenarsenale weiter modernisiert und ausgebaut werden, aber auch Hoffnung, weil der Vertrag über das Verbot von Atomwaffen (TPNW) in Kraft getreten ist.[4] Wichtige Ergebnisse dieser Konferenz finden sich in der Zusammenfassung durch den Vorsitzenden der Konferenz, Thomas Hajnoczi.[5] Die wichtigsten für unsere Fragestellung lauten:

• Die Risiken von versehentlichen, irrtümlichen, unbefugten oder absichtlichen Atomwaffenexplosionen haben aus politischen, strategischen und technologischen Gründen ein nie dagewesenes Niveau erreicht.

• Die Ausbreitung kleinerer taktischer, besser einsetzbarer Atomwaffen ist beunruhigend. Schon die Detonation einer einzigen so genannten kleinen Atomwaffe hätte verheerende und verstärkende Auswirkungen und birgt darüber hinaus ein sehr hohes Risiko, eine Eskalation zu einem begrenzten oder totalen Atomkrieg auszulösen.

• Die von führenden russischen Politikern ausgesprochene Drohung mit dem Einsatz von Atomwaffen zeigt, wie real dieses Risiko heute ist und unterstreicht die Fragilität eines Sicherheitsparadigmas, das auf der Theorie der nuklearen Abschreckung beruht. Der Einmarsch Russlands in die Ukraine unterstreicht die Tatsache, dass Atomwaffen größere Kriege nicht verhindern, sondern nuklear bewaffnete Staaten dazu ermutigen, Kriege zu beginnen.

• Ein Krieg zwischen atomar bewaffneten Staaten ist nicht nur möglich, sondern hat bereits mehrfach stattgefunden, z.B. auf dem indischen Subkontinent. Wir wissen, dass ein Atomkonflikt keine abstrakte Gefahr ist, sondern eine sehr reale. Angesichts der regionalen und globalen Spannungen gibt es heute mehrere plausible Szenarien in verschiedenen Teilen der Welt für einen Atomkonflikt.

• In der heutigen Welt, in der es kein gemeinsames Verständnis von Regeln, Normen und Standards gibt, erhöhen Atomwaffen die Ungewissheit und Unsicherheit weiter.

• Substanzielle und nicht nur deklaratorische Maßnahmen zur Risikominderung sind sicherlich kurzfristig erforderlich, aber nur die Abschaffung von Atomwaffen bietet eine wirksame Prävention.

• Die Theorie, dass nukleare Abschreckung einen Atomkrieg verhindern kann, wird außerdem durch die Auswirkungen des technologischen Fortschritts und die Integration neuer Technologien in Kernwaffensysteme und Entscheidungsstrukturen weiter in Zweifel gezogen.

• Sicherheit auf nuklearer Abschreckung aufzubauen, ist nicht nachhaltig. Wenn die nukleare Abschreckung versagt, wird sie mit katastrophalen Auswirkungen versagen. Viele sehen ein logisches Problem darin, wie eine Waffe, die den Fortbestand der Zivilisation bedroht, als Grundlage für Sicherheit dienen kann.

Meine persönliche Einschätzung zur derzeitigen Gefahr eines Atomwaffeneinsatzes in Europa lautet: Sollte Putin im Verlauf dieses Krieges die Staatlichkeit seines Landes als existentiell gefährdet einschätzen, so ist die Wahrscheinlichkeit für den Einsatz sog. taktischer Atomwaffen nicht mehr zu vernachlässigen. Das Gleiche gilt, wenn es – beabsichtigt oder unbeabsichtigt – zu einem kriegerischen Akt kommt, der von den beteiligten NATO-Staaten als Angriff interpretiert

[3] Decree of the President of Ukraine No. 117/2021. https://seemorerocks.is/decree-of-the-president-of-ukraine-no-117-2021/

[4] Ray Acheson and Allison Pytlak, Report on the Fourth Conference on the Humanitarian Impact of Nuclear Weapons, https://reachingcriticalwill.org/disarmament-fora/hinw/vienna-2022/report

[5] Thomas Hajnoczi, Chair’s Summary, https://www.bmeia.gv.at/fileadmin/user_upload/Zentrale/Aussenpolitik/Abruestung/HINW22/Chair_Summary.pdf

wird. Die Gefahr für einen nuklearen Weltkrieg ist sehr viel unwahrscheinlicher, nachdem die fünf im UN-Sicherheitsrat vertretenen Vetomächte Anfang Januar 2022 noch einen gemeinsamen Beschluss hierzu verabschiedet hatten.[6]

Die Präsenz des FFE bei der Weltversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen in Karlsruhe, 31. August bis 8.September 2022

1. Die Foto-Ausstellung „Besetzte Leben“ von Prof. Heinz-Heiner Schmitz

Pressemitteilung

„Besetzte Leben“ – Beduinen im nördlichen Jordantal

Der **‚Arbeitskreis Kairos Palästina‘** des ‚Forum Friedensethik innerhalb der Evangelischen Kirche in Baden‘ (FFE) lädt ein, sich im Rahmen der Fotoausstellung ‚***Besetzte Leben‘*** über die Lebenssituation der Beduinen im nördlichen Jordantal zu informieren. Viele von ihnen sind bei der Gründung des Staates Israel aus der Negev-Wüste nach Norden in die Westbank geflohen in der Hoffnung, ihre Art zu leben, dort fortführen zu können. Doch mit der Besetzung des israelischen Militärs wurde ihr Bewegungsraum enorm eingeschränkt, so dass man von einem traditionellen Beduinenleben nicht mehr sprechen kann. Der Fotograf und Autor Heinz-Heiner Schmitz möchte mit seinen Fotografien auf die Folgen dieser Entwicklungen und auf die Not der vertriebenen Beduinen aufmerksam machen. Aktuell stellt die Vertreibung von 1300 Beduinen aus dem Gebiet Masafer Yatta südlich von Hebron die größte Vertreibung seit 1967 dar.

Während der Vollversammlung des Ökumenischen Rats der Kirchen in Karlsruhe wird die Ausstellung ‚***Besetzte Leben‘*** in der ‚**Casa Comun**‘, im Stadtkloster St. Franziskus, Karlsruhe gezeigt. Vom 1. bis zum 7. September treffen sich dort ökumenische Basisinitiativen, die die ökumenische Bewegung mahnen wollen, "sich künftig (wieder) intensiver und entschiedener mit den Überlebensfragen der Menschheit sowie ihren strukturellen Ursachen auseinanderzusetzen." (Einladungstext der Casa Comun).

Unter anderem geht es darum, den ‚Schrei nach Hoffnung‘ der palästinensischen Christen und Christinnen (‚Kairos Palästina‘) wahrzunehmen und gemeinsam darüber nachzudenken, wie sich mehr Frieden und Gerechtigkeit im Verhältnis Palästina-Israel einstellen könnte. Neben Heinz-Heiner Schmitz, dem Fotografen und Autor der Ausstellung am Tag der Eröffnung 1.9., wird ‚***Besetzte Leben‘*** von Mitgliedern des ‚Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche Baden‘ in der Woche begleitet. Sie stehen vor Ort v.a. während der Pausen zwischen den Veranstaltungen der ‚Casa Comun‘ für persönliche Gespräche zur Verfügung und freuen sich über Ihr Interesse und die Begegnung mit Ihnen. für Rückfragen:

Dr. Wilhelm Wille, willes23@googlemail.com
Christiane Drape-Müller, christiane.drape-mueller@kbz.ekiba.de

[6] Joint Statement of the Leaders of the Five Nuclear-Weapon States on Preventing Nuclear War and Avoiding Arms Races (03 January 2022), https://www.whitehouse.gov/briefing-room/statements-releases/2022/01/03/p5-statement-on-preventing-nuclear-war-and-avoiding-arms-races/

Eröffnung der Ausstellung
am 1.9.22 im Stadtkloster St. Franziskus durch Dr. Wilhelm Wille/ Ehrenkirchen)

Seien Sie alle herzlich begrüßt zur Eröffnung der Ausstellung „Besetzte Leben“, hier in der Casa Comun am Beginn der Vollversammlung des ÖRK. Besonders freue ich mich, Herrn Prof. Heiner Schmitz begrüßen zu dürfen, dem wir Bilder und Texte dieser Ausstellung verdanken.

Prof. Schmitz ist aus Mühlheim/Ruhr angereist, dort in der Nähe, in Oberhausen ist er geboren. Er war beruflich unterwegs als Art Direktor in Werbeagenturen, mit einem eigenen Studio für Photodesign, und als Sachverständiger für Fotodesign. Er hat Künstlergruppen gegründet, Preise erhalten, war auch international gefragt als Vortragender und Lehrer. Er ist Prof. für Fotografie an der Fachhochschule in Dortmund.

Mir als geborenem Bochumer stach in seiner Vita besonders ins Auge, dass Prof. Schmitz in das Projekt „Neue Heimat Ruhr“ hineingehört. Wir kennen die Berichte vom nicht geglückten Strukturwandel im Ruhrgebiet - und dahin Migrationsschübe. Die Photokünstler dieses Projektes „Neue Heimat Ruhr“ setzen zwar beispielsweise die Nöte von Asylbewerbern ins Bild. Sie geben aber auch einer unter Spannungen zusammenwachsenden multikulturellen Gesellschaft ein menschliches Gesicht, einer Gesellschaft, „in welcher (Zitat) der Taubenvater ebenso exotisch ist wie der Imam einer türkischen Gemeinde.“

Aber es geht dann weit über das Ruhrgebiet hinaus: Vorträge in den USA - und Gastprofessuren an verschiedenen chinesischen Universitäten, Shenzen, Dalian und Beijing/Peking, 2004 Berufung zu einer dreijährigen Gastprofessur an der Tsinghua Universität Peking – immer geht es um Art und Design.

Art – Kunst - und Design. Für Bruchteil einer Sekunde, ich gestehe es, war mir als müsste ich zu mir sagen: Ach, das machen die in Beijing auch noch? Die wollen nicht nur die ganze westliche Zivilisation in die „neue Seidenstraße“ einplanieren, Taiwan erobern und die USA vom Thron stoßen?

Das machen die auch noch? Ich denke: da hängt sich etwas an mich, was lange und schwer in der Luft liegt, was mir eigentlich fremd ist. Ich bin dafür verantwortlich, dass es nicht an mir kleben bleibt, wenngleich der dominante politische Diskurs in unserer Gesellschaft gerade jetzt und mehr denn je genau darauf drängt.

Prof. Schmitz hat mehrere Reisen nach Israel und Palästina gemacht hat. Da gibt es auch ein dominantes Narrativ, manchmal subtil, manchmal sich ungeschminkt äußernd: Die Palästinenser gibt es gar nicht (Golda Meir, z.B.), sie sind „anwesend Abwesende“ (israelische Gesetzgebung seit 1950), sie sind aktuelle oder zumindest potentielle Terroristen, die den regionalen Hegemon bedrohen.

Prof. Schmitz wirft da einen eigenen Blick auf Land und Menschen. Seine Bilder und Texte helfen sehen, was wirklich ist.

Aber warum uns beim FFE seine Bilder und die Texte beeindruckt haben und wir uns freuen, dass es möglich ist, sie hier und jetzt und in diesem Kontext auszustellen, das werden wir ihnen nachher etwas ausführlicher erklären.

Kunstwerke entwickeln ihr eigenes Leben und sie sprechen zu uns, aber es ist doch etwas Besonderes den Schöpfer dabei zu haben, wenn wir diese Ausstellung eröffnen. Prof. Schmitz wird uns zunächst erläutern, wie er zu diesen Bildern und Texten gekommen ist. Sie haben Gelegenheit zu Rückfragen. Danach wird Manfred Jeub, Mitglied im Leitungskreis FFE sich zur Sache äußern – auch danach kurze Gelegenheit zu Rückfragen.

Wir werden uns bemühen immer jemanden vom LK des FFE präsent zu haben, mit der oder dem weiter diskutiert werden kann.

Hinsehen
Worte zur Eröffnung der Ausstellung „Besetzte Leben“ von Heiner Schmitz am 1.Sept. 2022 im Stadtkloster St. Franziskus, Karlsruhe

Mein Name ist Manfred Jeub. Ich möchte nun ein paar Worte anschließen zum Forum Friedensethik, das diese Ausstellung hierhergebracht hat und zu unseren Motiven dafür.

Das Forum Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden konnte vor zwei Jahren sein 20jähriges Bestehen feiern. Es war die erste deutsche Kriegsbeteiligung im Jahr 1999, der sog. Kosovokrieg, der zu diesem Zusammenschluss von friedensengagierten Menschen hier in Karlsruhe führte. Die offiziellen Kirchen zeigten sich damals gelähmt. Friedensethische Reflexion erschien dringend nötig, um im akuten Fall zu einer christlichen Positionierung zu kommen. Seither haben wir Jahr für Jahr Studientage angeboten, die diesem Ziel dienten, und das Jahr 2022 versetzt uns geradezu zurück zu den Anfängen. Wieder tönen die Kriegstrommeln laut und die pazifistischen Stimmen sind kaum noch zu hören. In diesem Jahr lädt das Forum Friedensethik am 5. November angesichts des Ukrainekrieges unter der Überschrift „Die Friedensbewegung und die sog. Zeitenwende“ zu einer großen Konsultation von Friedensorganisationen ein.

Als ein dauerhaft ausstrahlender Konfliktherd hat die Situation in Israel-Palästina unsere Studientage schon mehrfach beschäftigt. Wieder spielt hier eine Rolle, dass sich die Amtskirchen schwertun, Stellung zu beziehen und die Unterdrückung der Palästinenser beim Namen zu nennen, obwohl eine himmelschreiende Menschenrechtslage und Hilferufe der Kirchen im „Heiligen Land“ eine klare Herausforderung christlicher Ethik darstellen. Von den evangelischen Kirchenleitungen heißt es, man wolle den jüdisch-christlichen Dialog nicht aufs Spiel setzen, da die hiesigen jüdischen Gemeinden eine bedingungslose Loyalität zum Staat Israel pflegen und Kritik an seinem Agieren sehr schnell als antisemitisch ansehen.

Das FFE hat sich für einen innerkirchlichen Diskurs zum Thema seit Jahren nach Kräften eingesetzt, Informationen bereitgestellt, Stellungnahmen abgegeben und auch eine Eingabe an die Landessynode zur Befassung mit dem Hilferuf der palästinensischen Mitchristen auf den Weg gebracht … der Widerstand war erheblich. Wir haben zu spüren bekommen, welch dominierenden Einfluss die israelfreundliche deutsche Staatsräson in alle gesellschaftlichen Bereiche, auch in Kirche und Medien, ausübt.

Ich rede nun die ganze Zeit von kirchlichen und politischen Verhältnissen bei uns in Deutschland, was aber, lieber Herr Professor Schmitz, haben Ihre Photographien, haben Ihre Gesprächsprotokolle mit Beduinen im Westjordanland damit zu tun?

Schon seit 2001 gibt es ein Programm des ÖRK (EAPPI), das Menschen aus verschiedenen Weltkirchen nach Israel-Palästina entsendet, damit sie **sich ein Bild machen** und zuhause darüber berichten können. Die 2009 an die Kirchen der Welt gerichtete Bitte um Solidarität und Beistand aus Palästina, das Kairos-Palästina-Dokument, enthielt den dramatischen Appell: „**Kommt und seht!**“ Der „Cry for hope“ erneuerte 2020 den Aufruf. Dort heißt es: ***„Kommt und seht* die Realität im Heiligen Land mit Augen, die Mitgefühl für die Leiden der PalästinenserInnen haben**.“
Sehen. Mit eigenen Augen sehen. Hinsehen. Sich selbst ein Bild machen. Alles gute Engagement fängt damit an.

Ein Schulpfarrer und FFE-Mitglied hat jahrelang mit Schüler*innen Reisen nach Israel und Palästina organisiert, jetzt macht er’s im Ruhestand – die Eindrücke sind stets nachhaltig. Denn die Teilnehmer hatten sich mit eigenen Augen überzeugt. Weil sie sich selbst überzeugt hatten, konnten sie überzeugend auftreten. Und so konnten sie andere überzeugen. Auch das Exekutivkommitee des ÖRK machte im Vorfeld dieser Weltversammlung eine Reise durch den „Nahen Osten“, um sich mit eigenen Augen zu überzeugen.

Kommen und sehen – das ist gewiss der Königsweg, sich für unterdrückte Menschen zu engagieren. Diesen Effekt können aber auch gute Bilder haben. Sie lösen etwas aus. „Momentum“ hat das ein großer Theoretiker genannt.

Ihre Bilder, lieber Herr Prof. Schmitz, stellen uns **Menschen** vor Augen, nicht in Aktion, auch nicht als Opfer inszeniert, sondern in einem elementar menschlichen Kontext, den jeder hat und jeder kennt: in ihrer Familie. Damit hängt wohl zusammen, dass sich beim Betrachter unwillkürlich eine Verbundenheit einstellt. Ob sie in die Kamera lächeln oder ernst dreinschauen, spielt keine Rolle. Zentral spürbar wird das Elementare: menschliches Leben in Generationen, das Kind auf dem Arm, Eltern, der Großvater mit dem Stock... So vermittelt sich bildlich etwas, das eigentlich nicht abzulichten geht, etwas Unsichtbares, das dennoch unbestreitbar, unverzichtbar, unantastbar ist: Menschenwürde.

Wer dann die Lebensberichte dieser Familien liest und erfährt, was ein besetztes Leben bedeutet, dem gehen die Augen auf über verborgene Zustände im so eng befreundeten Land. Da wird

Umdenken möglich und vielleicht sogar Engagement. Hinsehen, sich selbst ein Bild machen, ist wichtig.

Das wissen auch diejenigen, die die Verhältnisse in Israel und Palästina so weiter laufen lassen wollen wie bisher. Was kann das Hinsehen hindern?
Nebel zum Beispiel. Vernebelnde Begriffe. Ich kenne aus meiner Kindheit die Erftland-Siedlung, Reihenhäuschen für Vertriebene nach dem 2. Weltkrieg. Ich kenne das nette Gesellschaftsspiel „Die Siedler von Catan“. Siedlung, Siedler - im Fall Israel verbirgt sich hinter der Heimeligkeit dieser Begriffe brutaler Landraub, ethnische Segregation und religiöser Fanatismus. Diese Wirklichkeit wird vernebelt.
In der Theologie wimmelt es von nebulösen Begriffen. Bereits der Name „Israel“ ist einer. Die Bibel, wahrlich kein Geschichtsbuch, erzählt von einem Volk dieses Namens, das Gott in ein ihm verheißenes Land führte. Israel wird zweitens zu einem theologischen Begriff für ein erwähltes Gottesvolk. Israel ist schließlich der Name eines 1948 durch UN-Beschluss in Palästina begründeten modernen Staates. Man ahnt, welche Hütchenspiele damit in der innerkirchlichen Diskussion für eine interessierte Seite möglich werden. Aber die Wirklichkeit in Palästina versinkt im Nebel.

Was hindert hinzusehen und wahrzunehmen, was in Israel-Palästina wirklich passiert?
Ablenkung zum Beispiel. Eine Veranstaltung möchte aufklären über ganz konkrete Menschenrechtsverletzungen. Da wird auf einmal der Vorwurf des „israelbezogenen Antisemitismus“ erhoben. Schon ist das Thema ein anderes, nämlich: Was ist antisemitisch? Und vom Leid der Palästinenser ist nicht mehr die Rede.
Da melden sich am Ende jüdische Mitbürger zu Worte, die gegen den Mainstream Israels Besatzungsregime und die Behandlung der Palästinenser kritisch sehen. Sollte das jetzt nicht wirklich Grund genug sein, genauer hinzuschauen? Aber schon taucht der Verdacht auf, diese Juden könnten in Kontakt mit der BDS-Bewegung stehen. Da werden dann hitzige Diskussionen geführt über Recht und Unrecht von Boykottmaßnahmen. Teil- oder Totalboykott? und ob ein Boykott Israels ein Zeichen von Antisemitismus ist, bzw. von „jüdischem Selbsthass“. Viele Themen – nur das Elend der Palästinenser unterm Besatzungsregime ist nicht mehr Thema.

Was hindert in unserem Land das Hinsehen?
Die dritte Antwort ist krude: Das **Verschwindenlassen.** Immer wieder wurde versucht, eine andere Ausstellung zu verhindern, die das Schicksal der Palästinenser sichtbar macht, die Nakba-Ausstellung. Der Antisemitismusbeauftragte Blume hat sich nicht gescheut, offen als Zensor aufzutreten. Wie viele Veranstaltungen, die die Lage in Palästina öffentlich machen wollten, konnten nur gerichtlich durchgesetzt werden? Ein fragwürdiger Bundestagsbeschluss hat dem den Weg bereitet. Als im Mai in meiner Heimatstadt Freiburg die Evangelische Hochschule unter dem Titel „Verschlossene Räume“ genau das zum Thema machte, wurde sie skandalisiert und unter Druck gesetzt. Die Hochschule hielt zunächst stand. Aber als die Aufkündigung von Kooperationen drohte, knickte sie doch ein. Eine angekündigte Veranstaltung aus der Reihe Friedenspolitische Hochschulgespräche wurde kurzfristig abgesagt: Sumaya Farhat-Naser: Ein Leben für den Frieden. Lesung und Gespräch. Die Friedenspreisträgerin war ausgeladen worden. Die Palästinenserin, die palästinensische Sicht waren von der Bildfläche verschwunden.

Weil wir als Forum Friedensethik solche Erfahrungen von Einschränkung der Meinungsfreiheit - auch in der Kirche – kennen, setzen wir uns dafür ein, dass die Verhältnisse in Israel-Palästina beim Namen genannt werden und die Lage der Palästinenser*innen sichtbar gemacht.
Hier auf der Weltversammlung der Kirchen zeigen wir Solidarität mit dem ÖRK, der das auch tut, und üben Kritik an einem Papier aus deutschen Kirchen, das die Situation verschleiert.
Unser Flugblatt und eine ausführlichere Dokumentation liegen aus.

Ich danke Ihnen für die Aufmerksamkeit.

2. Nicht in unserem Namen! Demonstration vor den Toren der Ökumenischen Weltversammlung durch Mitglieder des Leitungskreises des FFE.

Erlebnisbericht von Manfred Jeub (15.9.2022)

„Of course we do!“

– so antwortete im Brustton der Überzeugung ein am Ornat kenntlicher orthodoxer Würdenträger, als er die Plakatinschrift „WCC: Speak truth to power!“ las. Mitglieder des Leitungskreises FFE hatten sich an vier Tagen, ausgerüstet mit Sandwich-Plakaten, vor den Toren der Weltversammlung postiert. „Not in our name!“ – so wollten wir leibhaftig klarmachen, dass ein „Gesprächspapier“ von Kirchenleitungen zu Israel-Palästina nicht repräsentativ ist für die Sichtweise der Christen in Deutschland. Unsere ignorierte Kritik an diesem Papier war auf einem zweisprachigen Flugblatt kurz zusammengefasst, das wir in 1200 Exemplaren unter die Teilnehmer brachten. Wer sich besonders interessiert zeigte, bekam als ausführliche Dokumentation die englische Sonderausgabe des FFE-Rundbriefes 3/2022. Dabei sind wir mit vielen Delegierten aus aller Welt in Kontakt gekommen.

Gleich am ersten Morgen erlebten wir eine Überraschung: Zahlreiche Teilnehmer zeigten sich brüskiert davon, wie sie auf der Eröffnungsfeierlichkeit am Vortag angesprochen worden waren. „Uns ist eine Deutschstunde erteilt worden!“ hieß es zur Rede von Bundespräsident Steinmeier. Der Eindruck der Übergriffigkeit wurde vielfach geteilt. Regelrechte Empörung aber hatte der Auftritt der Vertreterin des Zentralrates der Juden in Deutschland, Barbara Traub, ausgelöst, die forsch, wie sie’s in Deutschland gewohnt war, die internationalen Gäste mit Schuldzuweisungen und Forderungen konfrontierte und Whitewashing des Staates Israel betrieb. So bekamen wir von vielen zu hören, wie froh sie seien, durch unsere Präsenz einem anderen Deutschland zu begegnen.

Die Frage, mit der wir das Flugblatt überreichten „Are you interested in the topic of Israel-Palestine?“ wurde ganz überwiegend bejaht. Ebenso überwiegend begegnete uns Sympathie für unser Anliegen. Nicken, wenn wir auf die im Vorübergehen zugeworfene Frage „Are you for Israel or for the Palestinians?“ erwiderten: „We are for equal rights for both!“ Natürlich waren Kirchenvertreter aus dem Nahen Osten und Afrika dankbar für die Solidarität, es gab Umarmungen und Selfies wurden mit uns wurden gemacht (Ich habe jetzt zwei Visitenkarten im Portemonnaie, die mich nach Jerusalem einladen.). Aber auch in Gesprächen mit amerikanischen, skandinavischen und indonesischen

Delegierten, mit einer Schweizerin und einem Schotten wurde die Parteinahme für die unterdrückten

Palästinenser deutlich; es ging allenfalls um die Frage, was es bringt, das Kind beim Namen „Apartheid“ zu nennen. Die Nahost-Resolution, die die Vollversammlung des WCC schließlich annahm, prangert, aller entgegenlaufenden EKD-Regie zum Trotz, das himmelschreiende Unrecht an den Palästinensern mit entsprechend unmissverständlichen Worten an.
Diese Erklärung der Weltkirche gilt es bei uns bekannt zu machen; denn sie droht in den deutschen Kirchen unterschlagen zu werden, so, wie Amnesty International in Deutschland dahingehend eingeschüchtert wurde, die Studie zur Apartheid in Israel nicht publik zu machen. Wir sind in Karlsruhe an vier Tagen unübersehbar vor dem Haupteingang des Veranstaltungsgeländes gestanden. An einem Tag gesellte sich noch eine Gruppe der Ukraine-Solidarität dazu. Diese wurde in der offiziellen Berichterstattung zur Weltversammlung mit mehreren Fotos dokumentiert. Wir kamen dort nicht vor. Ich habe bei unserer Aktion erlebt, dass ein Reporter der BNN ein Interview mit mir machte, ich später eigens noch zu Aufnahmen des Fotoreporters beim Flugblatt-Austeilen herbeigeholt wurde – erschienen ist in der BNN nichts!
Es ist natürlich eine Schwelle zu übersteigen, wenn man auf die Straße geht, um eine Meinung zu bekunden, die anders nicht zur Geltung kommt. Es hat sich gelohnt! Mehr als entschädigt wurden wir durch eine Atmosphäre großer Offenheit und freier Rede unter den internationalen Gästen. Wer die Stickigkeit, die Diskursvergiftungen, die Ausgrenzungen in Deutschland gewohnt ist, der atmet unter den internationalen Gästen mitten im Karlsruher Stadtzentrum auf einmal klare Luft.

Das verteilte Flugblatt:

FFE | FORUM FRIEDENSETHIK
in der Evangelischen Landeskirche in Baden

Warum wir das Dokument „Israel – Palestine. Guiding Thoughts and Explanatory Theses“ ablehnen

Eine Zusammenfassung der wichtigsten Punkte unserer Kritik, die wir überschrieben haben:

„Wie lange hinket ihr auf beiden Seiten? (1. Kön. 18,21)“

Vorbemerkung: Wir ziehen aus dem schuldhaften Schweigen der deutschen Kirchen zum Holocaust die Konsequenz: Hinsehen und nicht wieder schweigen, wenn die Menschenwürde mit Füßen getreten wird. Gleich, wo es geschieht. Gleich wie unser Staat sich dazu stellt.

1. In der Gesamtanlage dieses Dokuments wird die Frage nach Freiheit und Selbstbestimmung der palästinensischen Geschwister unzulässig vermengt mit Fragen des Verhältnisses von Judentum und Christentum. Von ihrer Entrechtung und Unterdrückung wird abgelenkt.

2. Die Unterdrückung der Palästinenser wird systematisch heruntergespielt.

3. Den in Deutschland üblich gewordenen Antisemitismusverdächtigungen wird Tür und Tor geöffnet, indem keine saubere Unterscheidung von Menschenrechtskritik am Staat Israel und Antisemitismus getroffen wird.

4. Die Bewertung der BDS-Bewegung: Der gewaltlose Widerstand gegen Menschenrechtsverletzungen eines mächtigen Staates wird gleichgesetzt mit dem Nazi-Terror gegen wehrlose jüdische Bürger. Das ist intellektuell unredlich und historisch verfälschend.

5. Die pauschalen Aussagen über „das jüdische Volk“ und seine Fixierung auf Israel als „Land der Verheißung“ setzen zu Unrecht Judentum und Zionismus gleich, wie es der israelhörige Zentralrat der Juden in Deutschland tut. Kritische jüdische Stimmen, die auf den zentralen jüdischen Wert der Gerechtigkeit setzen, werden nicht gehört.

6. Das Dokument verfälscht Tatsachen: Die international unbestrittene Tatsache der Asymmetrie im Nahostkonflikt, der Stärke Israels und der Schwäche der Palästinenser, wird als bloße Meinung der palästinensischen Seite dargestellt, der eine israelische Sicht gegenübergestellt wird.

7. Typisch und inakzeptabel ist das hartnäckige Ignorieren des „Cry for Hope“ von Kairos Palästina durch die Autoren der Leitgedanken auch noch im November 2021. Das Dokument der fünf Kirchen redet *über* die Palästinenser, aber es redet *nicht* mit ihnen.

8. Das Dokument ist nicht in einem offenen, innerkirchlichen Diskurs zustande gekommen, sondern in intransparenten Absprachen von Kirchenleitungen. Es gibt, entgegen dem Anschein, den es erweckt, keinen Konsens wieder, der als Auffassung der evangelischen Christen in den fünf Landeskirchen oder gar in Deutschland präsentiert werden dürfte

Darum gilt unsere Solidarität dem Ökumenischen Rat der Kirchen, wenn er das Unrecht an den Palästinensern beim Namen nennt und zum Handeln auffordert. Die deutschen Kirchen haben von ihm zu lernen – nicht umgekehrt! Wir unterstützen die Haltung unserer amerikanischen Partnerkirche United Church of Christ (UCC).

Das **„FORUM FRIEDENSETHIK (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden“** ist ein ökumenisch offener Zusammenschluss von rund 80 Personen, die eine Diskussion über friedensethische Grundsatzfragen fördern wollen. Probleme der Friedensfindung und -sicherung werden unter Bezug auf die biblische Botschaft beraten. arbeitet ehrenamtlich. V. i. S. P. Redaktion: Dr. Dirk-M. Harmsen, Bertha-von-Suttner-Str. 3a, 76139 Karlsruhe, Tel.: 0721-685289, Fax: 03212-1046739, und Manfred Jeub, Jacobistr. 54, 79104 Freiburg, Tel. 0761-35468

Auf der Rückseite des Flugblatts die englische Version:

FFE | FORUM FRIEDENSETHIK in der Evangelischen Landeskirche in Baden

Why we reject the document "Israel - Palestine. Guiding Thoughts and Explanatory Theses."

A summary of the main points of our criticism, which we have headed:

"How long do you limp on both sides? (1 Kings 18:21)"

Preliminary note: We draw the consequence from the culpable silence of the German churches on the Holocaust: to look and not to be silent again when human dignity is trampled underfoot. No matter where it happens. No matter what our state's position is.

1) In the overall structure of this document, the question of freedom and self-determination of the Palestinian brothers and sisters is inadmissibly mixed up with questions of the relationship between Judaism and Christianity. It distracts from their deprivation of rights and oppression.

2) The oppression of the Palestinians is systematically downplayed.

3) The door is opened to the suspicions of anti-Semitism that have become common in Germany by not making a clear distinction between criticism of the disregard of respect of human rights by the state of Israel and anti-Semitism.

4) The evaluation of the BDS movement: Non-violent resistance to human rights violations by a powerful state is equated with Nazi terror against defenseless Jewish citizens. This is intellectually dishonest and historically falsifying.

5) The sweeping statements about "the Jewish people" and its fixation on Israel as the "land of promise" wrongly equate Judaism and Zionism, as does the Israel-affiliated Central Council of Jews in Germany. Critical Jewish voices that focus on the central Jewish value of justice are not heard.

6) The document distorts facts: The internationally undisputed fact of asymmetry in the Middle East conflict, of Israel's strength and the Palestinians' weakness, is presented as a mere opinion of the Palestinian side, juxtaposed with an Israeli view.

7) Typical and unacceptable is the stubborn ignoring of the "Cry for Hope" of Kairos Palestine by the authors of the Guiding Principles even in November 2021. The document of the five churches talks about the Palestinians, but it does not talk to them.

8) The document did not come about in an open, inner-church discourse, but in non-transparent agreements between church leaders. Contrary to appearances, it does not reflect a consensus that could be presented as the view of the Protestant Christians in the five regional churches or even in Germany.

Therefore, our solidarity is with the World Council of Churches when it calls the injustice to the Palestinians by name and calls for action. The German churches have to learn from it - not vice versa! We support the position of our American partner church United Church of Christ (UCC).

The "FORUM FRIEDENSETHIK (FFE) in the Evangelical Church in Baden" is an ecumenically open association of about 80 people who want to promote a discussion about fundamental questions of peace ethics. Problems of finding and securing peace are discussed with reference to the biblical message. works on an honorary basis. V. i. S. P. Editor: Dr. Dirk-M. Harmsen, Bertha-von-Suttner-Str. 3a, 76139 Karlsruhe, Germany, Tel.: 0721-685289, Fax: 03212-1046739, and Manfred Jeub, Jacobistr. 54, 79104 Freiburg, Germany, Tel. 0761-35468

Translated with www.DeepL.com/Translator (free version)

3. Bilder von der Exkursion mit Delegierten zum Atomwaffenstandort Büchel am Samstag, 3.September 2022

Die FFE-Leitungskreismitglieder Dirk Harmsen und Helga Schmidt in 1. Reihe, 3. von rechts. und 5. von rechts.

Andacht auf der Friedenswiese vor dem Haupteingang zum Fliegerhorst Büchel /Eiffel

4. Beitrag des Leitungskreismitglieds Johannes Maier auf dem Workshop „Ökumenische Bewegung und Kirchen in Europa und den USA für internationales Recht und Menschenrechte in Palästina/Israel“ *(06.09.2022)*

1. I was born after the Second World War. Therefore, an important motivation for me personally as a church member is to answer the question: What do I learn from the experience of the failure of the Christian churches in Germany at the time of National Socialism? And: Which consequences do I draw from this?

- I do not feel guilty for the crime of the Shoah which started in Germany.

- But I do feel responsible to ensure that such a thing must never happen again.

- Thus, during 18 years, I have been the founder and leader of a peace group at the base of the

Protestant Congregation in Waldkirch, near Freiburg.

Crucial for me or for us as a group is

- the commitment for a resilient democracy in Germany,

- the confrontation of anti-Semitism,

- but at the same time a clear orientation towards human rights.

I make it a point to clearly distinguish what Jewish faith tradition is - in contrast to Zionism, especially in contrast to the ideology of national-religious Zionism. For me, the life of the Jew Jesus - is the root and model for my self-understanding according to the Gospel.

2. That's why we already in 2012 organised four evenings to discuss publicly about the Kairos Palestine document, published in 2009.

3. After another 10 years of a development that has made the situation of the people in Palestine worse and worse, we - as an ecumenical group *'on the way to the Assembly of the World Council of Churches 2022‘* - decided to offer a seminar on the Israel/Palestine conflict at the congregational level at the beginning of this year. For this we have taken as a basis two ecumenical documents that we consider outstanding: the *'Cry for Hope'* of Palestinian Christians (July 1, 2020) and the *'Statement of the U.S. UCC Church for a Just Peace in Palestine-Israel'* (July 18, 2021). The UCC Church is a partner church of the Evangelical Church in Baden, Germany. Therefore, we have also consulted their statement.

4. I am an educator and I wanted to have a maximum of 10 people at the seminar, because it is easier to work together with a smaller group. The project was advertised in the local press, but no one signed up. After that, I tried to contact about 20 people I knew in order to convince them to participate in the seminar. I only succeeded with two of them. We were then a total of 8 people. The reason: There is a great reserve in Germany to deal with this topic in public.

5 All those involved wanted to make public the results of our discussions, even though they **were sure that they** would face opposition. I have it here with me for you on a sheet (frontside English, backside German). After great difficulties in publishing this result, Mr. Witzenbacher finally succeeded in bringing me together with Mr. Duchrow. **He then accepted me as a German voice here in this international workshop.**

6. Perhaps the following statement in the result of our seminar is the most important:

"As a group, we are convinced that there will only be a just solution for both sides, if the necessary negotiations in the future are guided by human and international law. A State that sees its security only in control and exclusion of part of its population will become an oppressive state with first-rate Jewish and second-rate non-Jewish citizens: it has no future as a democratic state."

-

I am in contact with Faten Mukarker, a palestinian christian from Beit Jala, near Bethlehem, Westbank. We visited her in 2015. 2018 she gave us a lecture about the situation there in our parish at Waldkirch-Kollnau.

5. Beitrag des Leitungskreismitglieds Dirk-M. Harmsen auf dem Workshop „Nukleare Abrüstung. Internationale Kampagne zur Abschaffung von Atomwaffen“ *(06.09.2022)*

Nuclear Disarmament Workshop of the WCC Assembly Ecumenical Encounter Program on Justice and Peace Karlsruhe, Germany, 6 September 2022, 7:15 pm to 9 pm

By Dr. Dirk-M. Harmsen, Forum for the Ethics of Peace (FFE) within the Evangelical Church in Baden, Germany

1. Looking back to the 1950s and 1960s, the time of the cold war, when the concept of nuclear sharing was developed and established

- A package of treaties ending the occupation statute for the Federal Republic of Germany and contractually agreeing its accession to NATO and the Western European Union (WEU) were signed in October 1954, ratified by the German Bundestag on February 27, 1955, and entering into force on May 5, 1955. Germany pledged not to produce nuclear weapons.
- In November 1955 the German Bundeswehr was established. Also in 1955, the Federal Republic of Germany, i.e. West Germany, became a member of NATO.
- In July 1956 the New York Times published an article: "Radford Seeking 800,000 Men Cut." Admiral Radford, the Chief of the United States Staff, was working on plans to virtually strip Europe of American troops for cost reasons; instead, in the event of an attack, Soviet troops were to be taken under concentrated nuclear fire - that would be cheaper. Thus a kind of defense qua nuclear incineration. Adenauer's basic trust in the USA began to waver.
- In September 1956, chancellor Konrad Adenauer declared at a meeting of the federal executive committee of CDU (the conservative party Christ Democratic Union) that it was "*intolerable when two major states in the world are alone in possession of nuclear weapons and thus have the fate of the peoples of this earth in their hands*."
- On October 16, 1956, Adenauer appointed the Bavarian politician Franz-Josef Strauß, until then Minister of Atomic Energy, as the new Federal Minister of Defense. Strauß soon became the epitome of unbridled German drive for nuclear weapons, although the driving force behind it was Chancellor Adenauer in secret.
- At the cabinet meeting on December 19, 1956, Adenauer cited reports that the U.S. Congress was reserving the use of nuclear weapons - in his eyes an unmistakable sign that the Americans could not be relied upon in an emergency. "It must therefore be demanded," the Chancellor is quoted as saying in the minutes, "that the buildup of the Bundeswehr be accelerated, that an amalgamation of Europe be pushed forward, and that nuclear weapons be produced in the FRG."
- At a meeting in Adenauer's private home on November 16, 1957, Maurice Faure, Secretary of State in the French Foreign Ministry, made Adenauer a tempting offer: Germany and France could develop and produce nuclear weapons together with Italy, which had also already expressed interest - under strict secrecy, of course. A week later, the three defense ministers Franz Josef Strauß, Paolo Taviani and Jacques Chaban-Delmas signed a secret protocol to this effect for the joint development and production of nuclear delivery systems and weapons.
- Parallel to the secret talks with France and Italy, Adenauer negotiated officially with the USA on the nuclear armament of the Bundeswehr. The background to this were considerations within NATO according to which depots of American nuclear warheads were to be stationed in Germany for more effective defense. The plan was for the USA to provide and control the warheads and for Germany to supply the delivery systems. The U.S. was primarily concerned with getting the Germans more involved in NATO's nuclear defense strategy - without giving them the nuclear weapons directly. Again, cost played a role. If Germany supplied the delivery systems, the Americans' defense budget would be noticeably relieved. This concept went down in history as Germany's "**nuclear sharing**". But because participation was not enough for Adenauer, he also arranged the deal with the French

- and thus ultimately played a double game which eventually was not successful.

- **The system of "nuclear sharing" was established in NATO in the mid-1960s**, which in its basic functions has remained unchanged ever since.

- Of the three nuclear powers in NATO (France, the United Kingdom and the United States), only the United States is known to have provided weapons for nuclear sharing. Since many years, Belgium, Germany, Italy, the Netherlands and Turkey are hosting U.S. nuclear weapons as part of NATO's nuclear sharing policy.

2. The current situation of nuclear sharing in Germany

Apparently, the system of Nuclear Sharing is compatible with the **Treaty on the Non-Proliferation of Nuclear Weapons**, commonly known as the **Non-Proliferation Treaty** or **NPT**, because the concept of Nuclear Sharing was established well before the NPT entered into force in 1970 and because the transfer of nuclear warheads from the U.S. to Germany will take place only in the event of war, in which case the NPT will cease to be in force.

(The NPT is an international treaty whose objective is to prevent the spread of nuclear weapons and weapons technology, to promote cooperation in the peaceful uses of nuclear energy, and to further the goal of achieving nuclear disarmament and general and complete disarmament. Between 1965 and 1968, the treaty was negotiated by the Eighteen Nation Committee on Disarmament, a United Nations-sponsored organization based in Geneva, Switzerland.

Opened for signature in 1968, the treaty entered into force in 1970. As required by the text, after twenty-five years, NPT Parties met in May 1995 and agreed to extend the treaty indefinitely. More countries are parties to the NPT than any other arms limitation and disarmament agreement, a testament to the treaty's significance. As of August 2016, 191 states have become parties to the treaty, though North Korea, which acceded in 1985 but never came into compliance, announced its withdrawal from the NPT in 2003, following detonation of nuclear devices in violation of core obligations. Four UN member states have never accepted the NPT, three of which possess or are thought to possess nuclear weapons: India, Israel, and Pakistan.)

About 20 US-owned tactical thermonuclear nuclear B61 gravity bombs are currently stored in vaults at the German **Büchel Air Base** of the German Air Force, near the city of Cochem. It is home to the Tactical Air Force Wing 33 which currently flies Tornado fighter bombers equipped for delivering these low-to-medium yield strategic and tactical nuclear weapons.

The B61-12 will replace most older modifications of the B61 and have an extended service life of at least 20 years. The B61-12 adds substantial new levels of precision targeting and consolidates several different kinds of attack options into a single weapon. Instead of needing separate variants of the weapon for different functions, the B61-12 by itself allows for earth-penetrating attacks, low-yield strikes, high-yield attacks, above surface detonation and bunker-buster options.

The B61-12 needs a new delivery system, e.g. the US Lockheed-Martin F-35A Stealth Fighter. The German Air Force considers to buy 35 F-35A Stealth Fighters for about 4 billion Euros in order to continue with Nuclear Sharing arrangements with the USA within NATO for many years to come.

These plans indicate that neither NATO nor Germany currently are considering nuclear disarmament for the near future. A real bleak future!

Let me switch to the next subject.

3. The Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons (TPNW)

The **Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons** (**TPNW**), or the **Nuclear Weapon Ban Treaty**, is the first legally binding international agreement to comprehensively prohibit nuclear weapons with the ultimate goal being their total elimination. It was adopted on 7 July 2017, opened for signature on 20 September 2017, and entered into force on 22 January 2021.

For those nations that are party to it, the treaty prohibits the development, testing, production, stockpiling, stationing, transfer, use and threat of use of nuclear weapons, as well as assistance and encouragement to the prohibited activities. For nuclear armed states joining the treaty, it provides for a time-bound framework for negotiations leading to the verified and irreversible elimination of its nuclear weapons programme.

A mandate adopted by the United Nations General Assembly on 23 December 2016 scheduled two sessions for negotiations: 27 to 31 March and 15 June to 7 July, 2017. The treaty passed on schedule on 7 July with 122 in favour, 1 against (Netherlands), and 1 official abstention (Singapore). Sixty-nine nations did not vote, among them all of the nuclear weapon states and all NATO members except the Netherlands.

The **International Campaign to Abolish Nuclear Weapons** (**ICAN**) is a global civil society coalition working to promote adherence to and full implementation of the Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons. The campaign helped bring about this treaty. ICAN was launched in 2007 and counts 635 partner organizations in 107 countries as of today. By the way, the Forum for the Ethics of Peace (FFE), my NGO, is ICAN partner organization since November 2016.

The campaign received the 2017 Nobel Peace Prize "for its work to draw attention to the catastrophic humanitarian consequences of any use of nuclear weapons and for its ground-breaking efforts to achieve a treaty-based prohibition of such weapons."

4. The decision of the German government to participate as observer state at the First Meeting of States Parties (1MSP) to the TPNW

The First Meeting of States Parties (1MSP) to the Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons (TPNW) took place from 21-23 June 2022 in Vienna, Austria. Ahead of 1MSP, the government of Austria also hosted a conference on the humanitarian impact of nuclear weapons on 20 June 2022. On the final day of the meeting, states parties adopted a strong Declaration and Action Plan that set out a roadmap for the treaty's implementation and universalisation.

- States parties expressed their alarm and dismay at threats to use nuclear weapons, and condemned unequivocally "*any and all nuclear threats, whether they be explicit or implicit and irrespective of the circumstances*."
- Affirming that the TPNW is needed more than ever in these circumstances, the states parties resolved to "*move forward with its implementation, with the aim of further stigmatizing and de-legitimizing nuclear weapons and steadily building a robust global peremptory norm against them*."

The German government decided to send an observer to this meeting. This was the result of the negotiations for the coalition agreement of the current federal government, signed on December 7, 2021.

German and Dutch representatives spoke to the MSP on June 22, but both NATO members used exactly the same words to note their government's explicit disapproval of the TPNW, and to voice their supposed support for the 1970 Nuclear Non-Proliferation Treaty (NPT***). Both representatives said their governments "will not accede to" the nuclear ban treaty "because the TPNW is inconsistent with NATO doctrine."*** (This is an often repeated statement by the German government).

The following paragraphs are quotes from an article, published by **www.icanw.de/die-position-der-bundesregierung-2022**

Central references of the German government to nuclear weapons can be found in the chapters "Disarmament, Arms Control, Arms Exports" and "Defense and Bundeswehr" of the coalition agreement.

In the former chapter, for example, the coalition partners proclaim the common goal of a nuclear-weapon-free world (Global Zero) and, accordingly, the goal of a nuclear-weapon-free Germany. It further states that Germany should take a leading role in international disarmament initiatives such as the Stockholm Initiative for Nuclear Disarmament and provide impetus from the Non-Proliferation Treaty (NPT) Review Conference. The German government wants Germany to play a constructive role as an observer in the upcoming TPNW Conference of the Parties. This would make Germany the second NATO state after Norway and the very first state on whose territory nuclear weapons are stored to observe the conference.

From ICAN's perspective, this chapter of the coalition agreement should initially be seen in a positive light. Of particular importance here is the signal of observing participation in the direction of supporting the TPNW, which is an extraordinary step forward in the context of NATO's nuclear deterrent. This now shows, contrary to all previous criticism, that NATO membership and recognition of the TPNW are not mutually exclusive. The goal of a nuclear-weapon-free Germany and the other disarmament policy initiatives are also to be welcomed, but they are not new and have already been formulated more clearly in the past.

The second chapter mentioned, "Defense and the Bundeswehr," contrasts with this, as the focus here is on nuclear deterrence. Here, it is stated that a successor system for the Tornado combat aircraft is to be procured at the beginning of the legislative period. The procurement and certification process is to be accompanied objectively and conscientiously with a view to Germany's nuclear participation. What is meant by this remains open at first. In addition, the chapter on "multilateralism" contains a commitment to maintaining a credible deterrent potential as well as the statement that Germany has an interest in being able to participate in the strategic orientation as long as nuclear weapons remain part of NATO's strategy.

The following paragraphs are quotes from a commentary, published by **John LaForge,** Co-director of Nukewatch, a peace and environmental justice group in Wisconsin, **at nukewatchinfo.org:**

"The Treaty on the Prohibition of Nuclear Weapons has been ratified by 65 governments, known in diplomatic circles as States Parties. The treaty's first Meeting of States Parties (1MSP) concluded here June 23, after painstakingly working out — in the words of the International Campaign to Abolish Nuclear Weapons — "a blueprint for the end of nuclear weapons." The new Treaty is the extraordinary, crowning achievement of ICAN, which won the 2017 Nobel Peace Prize for its efforts.

At 1MSP, The Netherlands, Belgium and Germany — all three of whom use U.S. nuclear weapons on their air force bases — participated as Observer States. The three have not ratified the TPNW, having acquiesced with a string of U.S. administrations — Obama's, Trump's, and Biden's — that conspired at every opportunity to derail, prevent, delay, weaken, and boycott the new ban — in spite of broad public support for nuclear disarmament. Mr. Trump demanded that States Parties withdraw their ratifications. None did. Biden's White House reportedly urged Japan not to attend the 1MSP as an Observer, and they stayed away.

German and Dutch representatives took their turn and spoke to the MSP on June 22, but both NATO members used exactly the same words to note their government's explicit disapproval of the TPNW, and to voice their supposed support for the 1970 Nuclear Non-Proliferation Treaty. Both representatives said their governments "will not accede to" the nuclear ban treaty "because the TPNW is inconsistent with NATO doctrine."

The hypocrisy in German and Dutch opposition is that their "sharing" of U.S. nuclear weapons, while consistent with "NATO doctrine" is totally inconsistent with their hallowed Non-Proliferation Treaty (NPT). In fact, their 50-year-long dismissal of the NPT's binding (Art. VI) obligation to begin negotiations leading to nuclear disarmament "at an early date" is also completely inconsistent with their feigned support for the NPT.

As German Representative Rüdiger Bohn said June 22, NATO "doctrine" includes the doleful edict, "As long as nuclear weapons exist, NATO will remain a nuclear Alliance." This embrace of genocidal atomic violence is not an Article of the 1949 North Atlantic Treaty or NATO Charter. It was manufactured entirely by its nuclear-armed members, and there is no legal obligation for NATO to remain a nuclear-armed terrorist organization.

NATO "doctrine" is fluid, strictly advisory, and accepted voluntarily by its members. Even the NATO Charter's famous Article 5, regarding collective response to a military attack on a member state, declares only that the NATO membership "will assist the Party or Parties so attacked by taking … such action as it deems necessary."

In comparison, the Non-Proliferation Treaty is binding international law and includes explicit, unambiguous prohibitions and clear, binding obligations. NATO's ongoing planning, preparations and ever-present threat to launch nuclear attacks (known as "deterrence"), is simply a ritualized practice which can be ended at any time — say by complying with the NPT's Articles I and II which prohibit any transfer or reception of nuclear weapons between states, or its Article VI pledge to negotiate nuclear disarmament. Indeed, it is the 50-year-long postponement, or rejection of Art. VI that has prompted and propelled the overwhelming success of the new TPNW.

What might have been a week-long celebration of the TPNW's progress in seeking a world free of nuclear threats, was dimmed by Russia's ongoing war on Ukraine. It was the war's spoken and unspoken reminders of ready nuclear arsenals in Russia and NATO that moved the MSP to say, in its final Declaration, that it "condemn[s] unequivocally any and all nuclear threats, whether they be explicit or implicit and irrespective of the circumstances.""

"Streben nach Gerechtigkeit und Frieden für alle im Nahen Osten", eine Erklärung der 11. Vollversammlung des Ökumenischen Rates der Kirchen *(12.09.2022)*

Sie sagen: „Friede! Friede!", und ist doch nicht Friede. Jeremia 6,14 / 8,11

Seid getrost, ich bin's; fürchtet euch nicht! Matthäus 14,27

Der Ökumenische Rat der Kirchen (ÖRK) blickt auf den Nahen Osten als den Ort der historischen Wiege unseres Glaubens, wo Jesus Christus geboren wurde, gekreuzigt wurde und auferstanden ist. Die weltweite ökumenische Gemeinschaft hat stets danach gestrebt, sich in aktiver Solidarität mit den Christinnen und Christen im Nahen Osten zu engagieren, die in Fortsetzung einer ungebrochenen Linie des christlichen Glaubenszeugnisses leben, sich in multireligiösen Kontexten bewegen und in bedeutender Weise zur lebendigen Vielfalt und zur Entwicklung ihrer Gesellschaften beitragen.

Aufruhr, gewalttätiger und religiös motivierter Extremismus, andauernde militärische Besatzungen, Diskriminierung und systematische Menschenrechtsverletzungen, Wirtschaftskrisen und Korruption, die Abwesenheit des Rechtsstaates sowie weitere Faktoren haben zu einer existenziellen Krise beigetragen, die alle in der Region betrifft. Sie beeinträchtigt insbesondere vulnerable Gemeinschaften, einschließlich die Christinnen und Christen, die mit Vertreibung und Massenmigration konfrontiert sind.

Auf dieser 11. Vollversammlung des ÖRK in Karlsruhe, Deutschland, ***anerkennen*** wir die Bedrohung für die Zukunft der indigenen christlichen Gemeinschaften und aller Menschen im Nahen Osten. Wir ***bekräftigen***, dass gleiche Rechte, inklusive Bürgerschaft, Gerechtigkeit und Würde für alle, ohne Diskriminierung aufgrund von Religion oder der ethnischen Zugehörigkeit, das beste Mittel zur Abwendung dieser Gefahr sind. Wir ***verpflichten uns*** zu den Grundsätzen, nach denen sich unsere ökumenische Antwort in der Region nach wie vor ausrichtet: nach „Gottes Gerechtigkeit und Liebe für die ganze Schöpfung, den Grundrechten aller Menschen, der Achtung der Menschenwürde, der Solidarität mit den Bedürftigen und dem Dialog mit Menschen anderen Glaubens“ (Zentralausschuss, Februar 2011).

Bedauerlicherweise fordert die Realität vor Ort in verschiedenen Ländern im Nahen Osten diese Vision heraus.

In Palästina/Israel gibt es eine weitere Welle gewaltsamer Vertreibungen von Palästinenserinnen und Palästinensern aus ihren Häusern – manchmal mehrfach seit 1948 –, beispielsweise in Sheikh Jarrah, Silwan, in den Bergen von Südhebron und in der restlichen Zone C. Die sich ausdehnenden israelischen Siedlungen in den besetzten palästinensischen Gebieten, aber insbesondere jene rund um Ostjerusalem, sind völkerrechtswidrig und drohen, zu grundlegenden demografischen und politischen Veränderungen in der Region zu führen. Außerdem wurde damit die praktische Perspektive auf eine Zweistaatenlösung derart untergraben, dass dieser Weg zu einem gerechten Frieden immer unwahrscheinlicher erscheint.

Die Ausdehnung der Siedlungen und die zunehmende militärische Präsenz, die damit einhergeht, haben das Leid der palästinensischen Gemeinwesen verstärkt. Beeinträchtigungen und Beschlagnahmungen von palästinensischem Land und Gut und auch systematische Belästigungen und Aggressionen durch Siedlerinnen und Siedler (insbesondere in Abwesenheit der schützenden Gegenwart von internationalen Besucherinnen und Besuchern während der COVID-19-Pandemie) nehmen zu.

In Gaza eskalierte kürzlich wieder eine Spirale der Gewalt. Der ÖRK verurteilt jegliche derartige tödliche und zerstörerische Gewalt kategorisch, ungeachtet davon, ob sie von den israelischen Streitkräften oder von bewaffneten palästinensischen Gruppen verübt wird. Die Situation in Israel/Palästina kann nicht durch Anwendung von Gewalt gelöst werden, sondern nur auf friedlichem Weg in Übereinstimmung mit dem Völkerrecht.

Wir bekräftigen den rechtmäßigen Platz des Staates Israel in der internationalen Staatengemeinschaft und erkennen seine legitimen Bedürfnisse nach Sicherheit an. Gleichzeitig bekräftigen wir das Recht der Palästinenserinnen und Palästinenser auf Selbstbestimmung, und dass sowohl die Besetzung der palästinensischen Gebiete durch Israel seit 1967 als auch der Bau der Siedlungen und deren Ausweitung auf die besetzten Gebiete völkerrechtswidrig sind und beendet werden müssen. Wir glauben, dass die Sicherheit sowohl für die Palästinenserinnen und Palästinenser als auch für die Israelis nur durch ein Ende der Besatzung und durch eine gerechte, umfassende und langfristige Friedensvereinbarung gewährleistet werden kann.

Im Juni 2022 verlautbarte der ÖRK-Zentralausschuss, dass die „Diskriminierung der palästinensischen Bevölkerung [...] offenkundig und systematisch, und die andauernde und seit einem halben Jahrhundert bestehende Besatzung [...] für null und nichtig [erklärt], dass die palästinensische Bevölkerung, die in diesem System der Kontrolle lebt, die gleiche Menschenwürde und die gleichen Menschenrechte wie alle anderen hat, während die Reaktionen der internationalen Gemeinschaft auch weiterhin eine ungeheuerliche Doppelmoral widerspiegeln.“[7] Das kürzliche Verbot von mehreren palästinensischen

[7]Englischer Originaltext: In June 2022 the WCC central committee observed that “[t]he discrimination against Palestinians is overt and systemic, and the ongoing half-century-long occupation continues to contradict the equal human dignity and human rights of Palestinians living under

Menschenrechtsorganisationen durch die israelischen Behörden ohne jeden wirksamen Widerspruch der internationalen Gemeinschaft ist symbolhaft für dieses System der Kontrolle und diese Doppelmoral. Für die palästinensische Bevölkerung verschärft sich die Situation leider durch schwerwiegende Fehler der palästinensischen Behörden, einschließlich der Vergeltungsmaßnahmen gegen Oppositionsführende und der fehlenden Rechenschaftspflicht und demokratischen Verantwortung.

Kürzlich haben zahlreiche internationale, israelische und palästinensische Menschenrechtsorganisationen und juristische Instanzen Studien und Berichte veröffentlicht, in denen steht, die Politik und die Maßnahmen Israels liefen auf eine „Apartheid“ unter dem Völkerrecht hinaus. Innerhalb dieser Vollversammlung unterstützen gewisse Kirchen und Delegierte den Gebrauch dieses Begriffs nachdrücklich und machen geltend, er erkläre die Realität der Menschen in Palästina/Israel sowie die Position unter dem Völkerrecht zutreffend, während andere den Begriff unangemessen, nicht dienlich und schmerzhaft empfinden. Wir sind in dieser Hinsicht nicht einer Meinung. Wir müssen uns nach wie vor mit diesem Problem befassen, während wir auf dem Weg der Gerechtigkeit und des Friedens weiterhin zusammenarbeiten. Wir beten, dass der ÖRK fortfährt, sichere Orte für Gespräche und Zusammenarbeit für seine Mitgliedskirchen bereitzustellen, im Streben nach Wahrheit und für die Arbeit für einen gerechten Frieden unter allen Menschen in der Region.

Mehr denn je hören wir mit Blick auf die besondere Situation der Christinnen und Christen in Israel/Palästina Appelle von Kirchenoberhäuptern aus dem Heiligen Land, die von zunehmenden Einschüchterungen, Übergriffen, Einschränkungen des Zugangs zu Gotteshäusern und Angriffen durch radikale Israelis und Behörden berichten. Diese Vorgehen richten sich gegen die christliche Präsenz und Identität in Jerusalem und gefährden den Status Quo und die multireligiöse und multikulturelle Identität der Stadt.

An anderen Orten im Nahen Osten, wie in Syrien nach dem sogenannten „Arabischen Frühling“ im Jahr 2011 und im Irak nach der Invasion von 2003, wurden die Menschen Opfer von Konflikt, Krieg und Stellvertreterkriegen, geopolitischem Druck, Sanktionen und internationalen Interventionen, gewalttätigem religiösem Extremismus, groben Verletzungen der Menschenrechte und des humanitären Völkerrechts sowie Wirtschaftskrisen. Dies führte zu zusätzlichen Belastungen für das bereits geschwächte soziale Gefüge, Sozialkapital und Vertrauen und ebnete den Weg für Hass und für dämonisierende und entmenschlichende Erzählungen über andere, gestützt auf ausgrenzende Konstruktionen der kollektiven nationalen Identitäten.

Außerdem stellten verschiedene Berichte der Vereinten Nationen fest, dass Dürren (aufgrund des Klimawandels) eine der treibenden Kräfte für den Ausbruch des Konflikts in Syrien darstellten. Nach einem Jahrzehnt des Krieges, der bereits eine zerstörerische Wirkung auf die landwirtschaftliche Infrastruktur hatte und landwirtschaftliche sowie Hirtengemeinschaften vertrieben hatte, verwandelt diese extreme Dürre Syrien in einen neuen Klima-Hotspot. Darüber hinaus wurde der Irak unter den Ländern, deren staatliche Strukturen aufgrund des Klimas vom Zusammenbruch bedroht sind, an die fünfte Stelle gesetzt, da es von hochschnellenden Temperaturen, intensiveren Dürren, Wasserknappheit, häufigen Sand- und Staubstürmen und Überschwemmungen heimgesucht wird. Die Herausforderungen im Zusammenhang mit dem Klimawandel beeinträchtigen die Region erheblich und müssen angemessen angegangen werden.

Ein erfolgreiches Leben in Würde und Sicherheit kann nur im Rahmen eines Rechtsstaates, territorialer Einheit und durch die Souveränität der politischen, gerichtlichen, kulturellen und wirtschaftlichen Institutionen in beiden Ländern erreicht werden. Nachhaltiger Friede ist nur möglich, wenn er sich auf die Werte von Gerechtigkeit, gleichberechtigter Bürgerschaft und gleicher Menschenrechte für alle stützt.

Wir schätzen die Chancen, die diese Vollversammlung uns für die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls und die christliche Solidarität mit unseren Schwestern und Brüdern aus dem Nahen Osten bietet, und begrüßen die Gelegenheiten für intensive ökumenische Gespräche und Konsultationen auf dem Weg hin zu gerechtem Frieden in der Region.

Die 11. Vollversammlung des ÖRK ***spricht*** das klare Bekenntnis der weltweiten ökumenischen Gemeinschaft ***aus***, unsere Unterstützung für die Kirchen im Nahen Osten, den Kirchenrat im Nahen Osten sowie

---

this system of control, while the response of the international community continues to reflect egregious double standards.” Unverstümmelte deutsche Übersetzung: Im Juni 2022 stellte der ÖRK-Zentralausschuss fest, dass "die Diskriminierung der Palästinenser offenkundig und systematisch ist und die seit einem halben Jahrhundert andauernde Besatzung weiterhin der gleichen Menschenwürde und den Menschenrechten der Palästinenser widerspricht, die unter diesem System der Kontrolle leben, während die Reaktion der internationalen Gemeinschaft weiterhin eine ungeheuerliche Doppelmoral widerspiegelt".

die sich auf den Glauben stützenden und zivilgesellschaftlichen Partner zu stärken und die Zusammenarbeit mit ihnen zu fördern, mit dem Ziel eines gerechten und nachhaltigen Friedens in der Region.

Die 11. Vollversammlung formuliert insbesondere die folgenden Aufrufe:

- Die Mitglieder der weltweiten ökumenischen Gemeinschaft mögen die Stimmen und wiederholten Appelle der Kirchen und christlichen Gemeinschaften in der Region hören und sie im Gebet und durch Taten begleiten.
- Alle Mitgliedskirchen, denen ein anhaltender Friede und Sicherheit im Nahen Osten ein Anliegen ist, mögen sich aktiv an Bestrebungen für den Dialog mit allen Seiten beteiligen, um eine Lösung zu finden, die die Menschenrechte achtet und gleiche Bürgerschaft für alle in der Region lebenden Menschen miteinschließt.
- Die weltweite ökumenische Gemeinschaft der Kirchen möge sich beraten und Gedanken machen über alternative Strategien, Perspektiven und umfassende Lösungen für Palästina/Israel, bei denen alle Menschen vor dem Gesetz die gleichen Rechte haben, im Gegensatz zum aktuellen System von Kontrolle, Ausgrenzung und Diskriminierung.
- Der ÖRK möge die Auswirkungen der kürzlich veröffentlichten Berichte von B'Tselem, Human Rights Watch und Amnesty International untersuchen, diskutieren und erörtern und die Leitungsgremien mögen angemessen darauf reagieren.
- Der ÖRK, seine Mitgliedskirchen und Partner mögen die lebenswichtige und wertvolle Arbeit der ÖRK-Programme in der Region unterstützen und aufrechterhalten, beispielsweise das Verbindungsbüro in Jerusalem, das Ökumenische Begleitprogramm in Palästina und Israel (EAPPI) und das Ökumenische Forum für Israel/Palästina, und eine breitere Mitgliedschaft im ÖRK engagieren, gemeinsam mit den lokalen Kirchen, christlichen Gemeinschaften und Partnern anderen Glaubens.
- Der ÖRK möge sein neu geschaffenes Querschnittsprogramm zu Rassismus stärken, damit es den Nahen Osten miteinschließt.
- Im Rahmen seiner gegenwärtigen Programmarbeit und in Zusammenarbeit mit seinen Mitgliedskirchen im Nahen Osten möge der ÖRK seine Bestrebungen verstärken, um Grundsätze für ein friedliches Zusammenleben auszuarbeiten für Gesellschaften, die einen Krieg erlebt haben, mit gleicher Bürgerschaft, gleichen Menschenrechten und gleicher Würde für alle.
- Der ÖRK möge in den facettenreichen multireligiösen und multikulturellen Gesellschaften der Region Begegnungen und Dialog fördern, insbesondere in Syrien und im Irak, um zu helfen, die religiöse, ethnische und kulturelle Vielfalt dieser Länder zu schützen und den sozialen Zusammenhalt zu fördern.
- Die internationale Gemeinschaft möge zur Aufhebung der einseitigen Sanktionen gegen Syrien aufrufen, die die Bevölkerung schädigen, anstatt ihre ausgesprochenen Ziele zu erreichen.
- Die Regierung Israels möge die Blockade von Gaza aufheben.
- Alle christlichen Schwestern und Brüder mögen sich im Gebet vereinen für die Freilassung und die sichere Rückkehr des syrisch-orthodoxen Erzbischofs Johanna Ibrahim und des griechisch-orthodoxen Erzbischofs Bulos Jasidschi, die vor über neun Jahren entführt wurden. „Diese geliebten Bischöfe sind zu Symbolfiguren für all die unrechtmäßig festgehaltenen, gefolterten und unter Gewaltanwendung verschwundenen Menschen geworden.“ (ÖRK-Pressemitteilung, April 2022)
- Die weltweite ökumenische Gemeinschaft von Kirchen möge gemeinsam für die Menschen im Nahen Osten, einschließlich im Libanon, beten, wo die Menschen unter sehr schwierigen Lebensbedingungen leiden.

Bericht der Sonderberichterstatterin Francesca Albanese zur „Situation der Menschenrechte in den palästinensischen besetzten Gebieten seit 1967“ *referiert von Prof. Dr. Norman Paech, (21. 11. 2022)*[8]

An Berichten über die Situation der Menschenrechte in den von Israel besetzten Gebieten Palästinas fehlt es dem UN-Menschenrechtsrat nicht. Seit dem ersten Bericht des Südafrikaners John Dugard im Jahr 2007 haben er und sein Nachfolger seit 2014, der US-Amerikaner Richard Falk, als Sonderberichterstatter mehrere Untersuchungen der Menschenrechtslage in den besetzten Gebieten vorgelegt. In einem waren sie sich alle einig, in der scharfen und ungeschminkten Verurteilung der Gewalt, der Unterdrückung und schweren Menschenrechtsverbrechen der Besatzung. Sie nannten es schon damals ein Apartheidsystem. Und eines war ihnen auch noch gemeinsam, eine Veränderung der Verhältnisse in Israel und Palästina konnten sie nicht bewirken. Beide Autoren, angesehene jüdische Völkerrechtsprofessoren, wurden vielmehr aus Jerusalem angegriffen, und nach kurzen Jahren verloren sie ihre Aufgabe. Als dann Richard Falk und seine Kollegin Virginia Tilley im Auftrag der Wirtschafts- und Sozialkommission der UNO (ECOWAS) 2017 einen weiteren Bericht erstellten, steigerte sich die Empörung über den Vorwurf der Apartheid und des Rassismus derart, dass UN-Generalsekretär Guterres den Bericht kurz nach seinem Erscheinen von der Website der UNO nehmen ließ.

Und nun liegt ein weiterer Bericht der neuen Sonderberichterstatterin Francesca Albanese vor, noch analytischer, schärfer und pointierter die schweren Verbrechen aufzeigend, die sich aus ihrem Befund des Siedlerkolonialismus und des Apartheidsystems notwendig ergeben. Auch ihr wurde der Zutritt zu den besetzten Gebieten verwehrt, sodass sie ihre Untersuchung auf die juristische Analyse der reichhaltig vorhandenen Dokumente, Reports und Literatur sowie Gespräche, Interviews und Online-Treffen stützte.

Schon zu Beginn macht sie deutlich, dass der in jüngerer Zeit in den Vordergrund gerückte Begriff der Apartheid zwar den systematischen Charakter der israelischen Verbrechen hervorheben kann, aber dennoch einige Begrenzungen hat. So beziehe er nicht die Erfahrungen der palästinensischen Flüchtlinge mit ein und berücksichtige nicht die dem System von Anfang an innewohnende Rechtswidrigkeit der Besatzung. Vor allem aber benenne er nicht die Grundursachen des Netzes rassendiskriminatorischer Gesetze, Verordnungen und Maßnahmen, die das tägliche Leben in den besetzten Gebieten seit 1967 strangulieren mit der eindeutigen Absicht, sich das Land anzueignen, die Bevölkerung zu vertreiben und durch die eigenen Siedler zu ersetzen. „Das ist das Markenzeichen des Siedlerkolonialismus und ein Kriegsverbrechen nach dem Römischen Statut.“ (II A 10c, S. 15)

Francesca Albanese legt ihrer Untersuchung das Recht auf Selbstbestimmung zugrunde, welches in den Kämpfen der Dekolonisation in den siebziger Jahren des vorigen Jahrhunderts im Völkerrecht und gestützt auf zahllose Resolutionen der UN-Generalversammlung zu einem zwingenden Recht erstarkte. Siedler-Kolonialismus und Apartheid erklären sich ihr zufolge erst durch den Angriff auf das Selbstbestimmungsrecht der Unterworfenen. Es wird ihnen systematisch verweigert, ob in seiner politischen Dimension, eine eigene Regierung und Rechtsprechung ohne fremde Einmischung bilden zu können, seiner ökonomischen und kulturellen Dimension, frei über ihre Reichtümer und Ressourcen verfügen zu können, oder in seiner außenpolitischen Dimension, die die volle Souveränität über das eigene Territorium und die uneingeschränkte Handlungsfähigkeit auch international bedeutet.

Die israelischen Regierungen haben nie einen Zweifel daran aufkommen lassen, das okkupierte Land nie mehr zu verlassen und auch dort die „demographische Suprematie“ zu erlangen. Die Berichterstatterin macht deutlich, dass alle Regierungen ihre Vision eines jüdischen Staates vom Jordantal bis zum Mittelmeer ohne Rücksicht auf die palästinensische Bevölkerung verfolgt haben: vom Allon-Plan 1967 mit seinen entmilitarisierten Bantustans im jüdischen Staat, über die Annexion Ost-Jerusalems 1980, die Fragmentierung der Westbank durch den Oslo-Vertrag 1993 in die A-, B- und C-Zonen, die Verwandlung des Gaza-Streifens in eine überbevölkerte, verarmte Enklave nach den Wahlen 2006, bis zu den täglichen Demütigungen, Anschlägen, Überfällen, Razzien und Verhaftungen ohne

---

[8] Erstveröffentlicht: https://www.nachdenkseiten.de/?p=90642 Prof. Dr. Norman Paech ist Jurist und emeritierter deutscher Professor für Politikwissenschaft und für Öffentliches Recht an der Universität Hamburg. Nach dem Austritt aus der SPD wegen deren Unterstützung des Afghanistan-Krieges engagierte er sich bei der Die Linken. Paech ist Gründungsmitglied des Bündnisses für Gerechtigkeit zwischen Israelis und Palästinensern e. V..

Schutz der Gerichte in der Gegenwart. Immer ist es das Ziel gewesen, das Leben für die Menschen so unerträglich zu machen, dass sie freiwillig ihr Land verlassen.

Die Berichterstatterin erwähnt zahlreiche der bekannten Maßnahmen wie die Monopolisierung der Wasserquellen und die Verdrängung der palästinensischen Landwirtschaft aus der Zone C, dem fruchtbarsten Anbaugebiet im Jordantal. Die Vereinten Nationen kamen 2019 zu der Schätzung, dass ohne die Besatzung das Pro-Kopf-Einkommen in der Westbank 44 Prozent höher wäre als aktuell. Man kann hinzufügen, dass die Weltbank seinerzeit den jährlichen finanziellen Verlust der Palästinenser durch die Vertreibung aus dem Jordantal auf über 3 Mrd. US-Dollar schätzte. Sie erinnert an die Zerstörung des Marokkanischen Viertels in Ost-Jerusalem zu Beginn der Besatzung, um Platz für die Klagemauer zu schaffen, die Entfernung der palästinensischen Geschichte aus den Schulbüchern und die Umwandlung oder Schließung von Stätten, die die kulturelle, politische und religiöse Identität der palästinensischen Gesellschaft bewahren.

Die Berichterstatterin brauchte nur auf die wöchentlichen Veröffentlichungen des United Nation Office for the Coordination of Humanitarian Affairs (UNOCHA – Amt der Vereinten Nationen für die Koordinierung humanitärer Angelegenheit) zu schauen, um all die Vorwürfe und Anklagen bestätigt zu finden, die sie aus ihren Gesprächen und Interviews erfahren hat. So sind derzeit fast 4.500 Palästinenserinnen und Palästinenser in israelischen Gefängnissen, 730 ohne Anklage und meistens auf Grund geheimer Anschuldigungen – die berüchtigte Administrativhaft. Zwischen 500 bis 700 Kinder unter zwölf Jahren werden jährlich willkürlich verhaftet. Hinzu kommen gezielte außergerichtliche Tötungen, Entzug der Wohnerlaubnis und Deportationen, Angriffe auf Häuser, Wohnungen und Gebäude. Die täglichen Meldungen aus den besetzten Gebieten könnten eine Vielzahl weiterer Beispiele rechtswidriger Gewalt und Aggression hinzufügen, die alle nur den Befund des Berichts unterstreichen, dass es sich um ein „vorsätzlich habgieriges, die Rassentrennung förderndes, repressives Regime“ („intentionally acquisitive, segregationist and repressive regime“, VI, S. 21) handelt, mit dem einzigen Ziel, dem palästinensischen Volk den Gebrauch seines Rechts auf Selbstbestimmung zu verhindern.

Der Bericht ist skeptisch gegenüber den Möglichkeiten einer Friedenslösung nach dem Modell der bisher gescheiterten Versuche. Sie hätten sich nicht auf die Menschenrechte, insbesondere das Selbstbestimmungsrecht konzentriert und den „siedler-kolonialen“ Charakter der israelischen Besatzung übersehen. Da das Selbstbestimmungsrecht aber zwingend und für alle verpflichtend sei, müsse die israelische Regierung die „Unterjochung“ („subjugation“) des palästinensischen Volkes beenden und sich aus den besetzten Gebieten zurückziehen.

Das ist dann auch die erste Empfehlung bzw. Forderung des Berichts, dass Israel seine Besatzung beende, sich sofort und bedingungslos zurückziehe und Reparationen leiste. Alle Staaten werden aufgefordert, die Verletzungen des palästinensischen Rechts auf Selbstbestimmung durch Israel zu verurteilen, das sofortige Ende der rechtswidrigen Besatzung, die Rückgabe des geraubten Landes und aller Ressourcen zu fordern und in der UN-Generalversammlung einen Plan zu entwickeln, „um die siedler-koloniale Besatzung und das Apartheid-Regime zu beenden“ (VI, S. 21). Sollte Israel den Forderungen nicht folgen, sollten die Staaten diplomatische, ökonomische und politische Maßnahmen entsprechend der Charta der Vereinten Nationen ergreifen. Es sollte eine umfassende und transparente Untersuchung aller Menschenrechtsverletzungen, des humanitären Völkerrechts bis hin zu möglichen Kriegsverbrechen, Verbrechen gegen die Menschlichkeit und Verbrechen der Aggression unternommen werden. Die Staaten sollten schließlich die Täter mit Hilfe des Internationalen Strafgerichtshofs und anderer universeller Justizorgane zur strafrechtlichen Verantwortung ziehen.

Der Friedensethische Prozess in der Badischen Landeskirche und Sicherheit-neu-denken *Votum von Dr. Theodor Ziegler beim Gespräch des FFE-Leitungskreises mit Landesbischöfin Prof. Dr. Heike Springhart (13.9.2022)*

1) Vorgeschichte

Bei staatlichen Gewissenprüfungen für Kriegsdienstverweigerer war die entscheidende Frage: „Was machen Sie, wenn der Russe kommt? Wenn sich alle wie Sie verweigerten, wäre Deutschland dann nicht wehrlos?“ Aus dem Kreis der Beistände für Kriegsdienstverweigerer (KDVer) entstand im Jahr 1980 der *Arbeitskreis Soziale Verteidigung.* Der damalige landeskirchliche Beauftragte für KDVer, Diakon Kurt Kern, organisierte die vierteljährigen Studientage, der

Industrie- und Sozialpfarrer und spätere Akademiedirektor Dr. Ulrich Lochmann sowie der Rechtsanwalt Ullrich Hahn referierten über die politologisch analysierten Beispiele zivilen Widerstands, den Ruhrkampf, Gandhis Unabhängigkeitskampf gegen die britische Kolonialmacht, Martin Luther Kings Bürgerrechtsbewegung, den gewaltlosen Widerstand der Tschechoslowakei 1968 gegen die Invasion der Warschauer Paktstaaten. Diese dienten als Modell für ein Konzept gewaltfreier Verteidigung gegen eine mögliche Okkupation. *Soziale Verteidigung* bedeutet:

- Nicht eine Armee, sondern die Gesellschaft insgesamt verteidigt sich.
- Nicht prioritär ein Territorium, sondern die Art des sozialen Zusammenlebens in Freiheit, Demokratie, Humanität usw. gilt es zu verteidigen.
- Die eingesetzten Methoden und Mittel müssen sozial, d.h. mit den Grundwerten kompatibel und deshalb gewaltfrei sein.

Es gab dazu auch mehrere Akademietagungen. Ulrich Lochmann dachte an die Gründung eines „Zentrums für Soziale Verteidigung." Aus den Planungsgesprächen, an denen auch außerkirchliche Friedensgruppen beteiligt waren, ging die *Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden* hervor. Auch der Bundeskongress Soziale Verteidigung im Jahr 1988 in Minden/Westf. mit 1.200 Teilnehmenden und die Gründung des *Bundes für Soziale Verteidigung* im Folgejahr fand mit starker Beteiligung aus Baden statt. Mit dem (leider nur vorläufigen) Ende des Kalten Krieges – Deutschland galt als nur von Freunden umzingelt – rückte die Frage einer Sozialen Verteidigung in den Hintergrund.

2) Friedensethischer Prozess

Scheibchenweise rückte die Bundesregierung von der vormaligen Beschränkung auf die Bereitschaft zur Landes- und Bündnisverteidigung ab. Man meinte, der gestiegenen wirtschaftlichen Bedeutung Deutschlands auch mit einer globalen militärischen „Verantwortungsübernahme" entsprechen zu müssen. Auf dem Tiefpunkt der deutschen „Friedensmission" in Afghanistan im Gefolge des von Oberst Klein veranlassten Bombardements bei Kundus initiierte der Friedensarbeitskreis im Kirchenbezirk Breisgau-Hochschwarzwald unter Leitung von Pfarrer Udo Grotz im Januar 2011 eine Eingabe an die Landessynode, die friedensethische in der Denkschrift von 2007 formulierte Position der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) im Lichte der biblischen Friedensbotschaft zu überdenken:

- Vom „Vorrang der gewaltfreien Option" zu sprechen, sei unzureichend;

  Gewaltfreiheit wirke nur, wenn keine militärischen Optionen im Hintergrund stehen.
- In der Nachfolge Jesu sei es ein Auftrag politischer Diakonie, nichtmilitärische Konfliktaustragungsformen zu entwickeln helfen.
- Dieser Diskussionsprozess solle in der Landeskirche auf breiter Basis erfolgen.

Nachdem das Präsidium der Landessynode diese Eingabe zur positiven Überraschung der AutorInnen angenommen und den Evangelischen Oberkirchenrat mit der Ausarbeitung eines Diskussionspapiers beauftragt hatte, bildete der Friedensarbeitskreis Breisgau-Hochschwarzwald mit vormaligen kirchlichen KDV-Beiständen und Mitgliedern des Forums Friedensethik in der Evangelischen Landeskirche in Baden (FFE) in Kooperation mit Jürgen Stude und Stefan Maaß von der Arbeitsstelle Frieden im Evangelischen Oberkirchenrat das Begleitgremium „Koordinationskreis Friedensethik". Von diesem Kreis wurden Arbeitsmaterialien erstellt und ReferentInnen-Tätigkeiten wahrgenommen. Auch an der Erstellung der Vorlage für den Landessynodalbeschluss 2013 waren Mitglieder dieser Formation beratend beteiligt. Die wohl wichtigsten drei Konkretionen von insgesamt Zwölfen des Synodalbeschlusses waren:

- Die Erstellung der *Just Policing-Studie* durch PD Dr. Ines-Jacqueline Werkner von der Forschungsstätte der Evangelischen Studiengemeinschaft (FEST), Heidelberg. Hierbei ging es um die Frage, inwieweit eine internationale Polizei Militär ersetzen könne. Das Ergebnis wurde im Jahr 2017 auf einer Akademie-Tagung in Rastatt vorgestellt.
- Die Erstellung eines *Ausstiegsszenarios* aus der militärischen Friedenssicherung gleich dem gesetzlich bis zum Jahr 2022 beschlossenen Atomausstiegs.
- Die Einrichtung eines *Friedensinstituts* an der Evangelischen Hochschule Freiburg.

3) Das Szenario „Sicherheit neu denken. Von der militärischen zur zivilen Sicherheitspolitik." (SND) und seine Verbreitung – ein Überblick

- 2015: Bildung einer ökumenisch zusammengesetzten Projektgruppe unter Leitung des Friedensbeauftragten Stefan Maaß und unter fachlicher Anleitung des Szenarienforschers Dr. Dirk M. Harmsen. In einem Trichtermodell wurden drei sicherheitspolitische Szenarien ab 2018 bis ins Jahr 2040 beschrieben:

a) Das *Trendszenario*, wenn es so weiterläuft wie derzeit (vermehrte Auslandseinsätze, Rüstungsexporte) mit Tendenz zum Negativszenario

b) Das *Negativszenario*, wenn durch einen eskalierenden Regionalkonflikt oder durch ein technisches Versehen ein Atomkrieg entsteht.

c) Eine am politologischen Ansatz der *Friedenslogik* (entspricht der Goldenen Regel Jesu, Mt 7,12) orientierte Außen- und Sicherheitspolitik, die die Interessen anderer Völker genauso ernst nimmt wie die eigenen, bildete das *Positivszenario*. Dieses wird in fünf Handlungsfeldern beschrieben:

1. Gerechte Außenbeziehungen

2. Gute Nachbarschaft zu EU-Anrainerstaaten

3. Zivile, partnerschaftliche Sicherheitsarchitektur auf OSZE-Ebene inklusive der Schaffung einer Internationalen Polizei

4. Stärkung der Resilienz und gewaltfreien Konfliktlösungskompetenz unserer Demokratie durch eine breite Friedensbildung

5. Konversion der Bundeswehr und Rüstungsindustrie in einem Zeitplan bis zum Jahr 2040

- 2018/April: Präsentation des Szenarios auf einer Fachtagung des Evangelischen Oberkirchenrates vor einer bundesweiten Fachöffentlichkeit
- 2018/Okt.: Vorstellung des Szenarios auf der Herbsttagung der Landessynode mit deren Auftrag zur Weiterarbeit
- 2018/Dez.: Bundesweite Einladung an Friedensorganisationen zur gemeinsamen Weiterarbeit mit dem Szenario; 50 VertreterInnen aus über 30 Organisation beteiligen sich.
- 2019/April: Fünfjahresvertrag für Projektgruppenmitglied Ralf Becker als SND-Koordinator bei Evangelischen Akademie Baden
- 2019/Juli: Bildung der bundesweiten *Initiative Sicherheit neu denken.* mit inzwischen 50 Unterstützerorganisationen
- Bis heute wurden ca. 12.000 Menschen bei Vorträgen und Seminaren erreicht.
- Kontakte zu PolitikerInnen (2021: 13 Podiumsdiskussionen mit BT-KandidatInnen), Gespräche mit FachpolitikerInnen in Berlin
- 2020/Jan.: Bildung der *SND-Fachgruppe Internationale Polizei*. Die Ergebnisse der Akademietagung im September 2021 werden in dem bei Vandenhoeck und Ruprecht bis zum Jahresende 2022 erscheinenden Buch „Weltinnenpolitik und Internationale Polizei“ der Öffentlichkeit präsentiert. Die FFE-Mitglieder werden dazu eingeladen werden.

Im Nachgang zur Akademietagung erweiterte sich die vierköpfige Fachgruppe um zehn Mitglieder aus Polizei, Militärseelsorge, Friedensbewegung und -forschung. Das Projekt einer Internationalen Polizei verbindet Menschen, die die militärische Friedenssicherung für noch unverzichtbar halten, sich jedoch durch eine Internationale Polizei ein Hinausschieben des Militäreinsatzes erhoffen, mit konsequenten PazifistInnen, für die militärische Gewalt unter keinen Umständen verantwortbar ist.

- Näheres zu SND ist auf der Website www.sicherheitneudenken.de zu ersehen.

4) Unser Anliegen

Seit dem Ukrainekrieg werden Waffenlieferungen in ein Kriegsgebiet und die „anständige“, mit enormen Geldausgaben verbundene Aus- bzw. Aufrüstung der Bundeswehr als alternativlos angesehenen – vielleicht, weil die Möglichkeiten ziviler Sicherheitspolitik noch so gut wie nicht bekannt sind?

Die sich auf den Friedefürsten Jesus Christus berufenden Kirchen haben den Auftrag, Salz und Licht der Welt (Mt 5,13-16) zu sein. Dem Gewaltverzicht (Mt 5,5) und dem Friedenstiften (Mt 5,9) gelten die Verheißungen Jesu. Davon ist auch politische Ebene nicht auszunehmen. Deshalb ist es wichtig, dieses bislang einzigartige Projekt zur Entwicklung einer zivilen Sicherheitspolitik weiterzuführen. Dafür ist es erforderlich, die Koordinationsstelle über das Jahr 2024 hinaus um weitere fünf Jahre zu sichern.

Möglicherweise ist zur Finanzierung eine Kooperation mit anderen friedenswilligen Landeskirchen, mit der EKD sowie mit bereiten Diözesen und Freikirchen und anderen zivilgesellschaftlichen Institutionen anzustreben.

Zwei Solidaritätsadressen des FFE- Studientages am 5. November 2022 in Karlsruhe *(5.11.2022)*

FORUM FRIEDENSETHIK

in der Evangelischen Landeskirche in Baden

Leitungskreis: Christiane Drape-Müller, Dr. Dirk-M. Harmsen, Manfred Jeub, Felix Klinger, Peter-Michael Kuhn, Johannes Maier, Helga Schmidt, Jürgen Stude, Dr. Wilhelm Wille

FFE c/o Dr. Dirk-M. Harmsen Bertha-von Suttner-Str. 3a, 76139 Karlsruhe

Herrn
Dr. Rolf Mützenich
Vorsitzender der SPD-Fraktion
Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin

Karlsruhe, 5. November 2022

Sehr geehrter Herr Mützenich,

während unserer heutigen Jahrestagung zum Thema „*Die Friedensbewegung und die „Zeitenwende“*“ haben wir aufgrund einer Wortmeldung von Andreas Zumach durch die nachstehende dpa-Meldung erfahren, welchen völlig unakzeptablen Anfeindungen und Bedrohungen Sie aus der Ukraine wie aus Deutschland ausgesetzt sind wegen Ihres Plädoyers für einen Waffenstillstand im Ukrainekrieg oder zumindest lokale Waffenruhen und weitergehende diplomatische Schritte.

Die zum Zeitpunkt der Mitteilung durch Andreas Zumach anwesenden über 50 Tagungsteilnehmer:innen haben einstimmig festgestellt:

Sie haben unsere volle Zustimmung und Unterstützung für Ihre Haltung. Bleiben Sie stark und lassen Sie sich nicht einschüchtern weder durch Organe oder Vertreter der ukrainischen Regierung noch durch KoalitionspolitikerInnen von Grünen und FDP.

Mit freundlichen Grüßen
Ihr

Dr. Dirk-Michael Harmsen

Tel. 0049-721-68 52 89, Fax 0049-3212-104 67 39
dmharm@web.de

Das **„FORUM FRIEDENSETHIK (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden“** ist ein ökumenisch offener Zusammenschluss von rund 80 Personen, die eine Diskussion über friedensethische Grundsatzfragen fördern wollen. Probleme der Friedensfindung und -sicherung werden unter Bezug auf die biblische Botschaft beraten. Konträre Positionen in der Gesellschaft über die Bedeutung von militärischen oder pazifistischen Lösungsversuchen werden dabei miteinander ins Gespräch gebracht. Die Gründung erfolgte im Januar 2000. Ein Leitungskreis ist verantwortlich für die Herausgabe von Rundbriefen sowie für die thematische Vorbereitung und Durchführung von Studientagen; er arbeitet ehrenamtlich.

Mützenich: Ukrainische Regierung hat mich auf "Terrorliste" gesetzt

Berlin (dpa) - SPD-Fraktionschef Rolf Mützenich hat der ukrainischen Regierung vorgeworfen, ihn schon vor längerer Zeit auf eine "Terrorliste" gesetzt zu haben. "Ich bin schon irritiert gewesen, dass ich von

der ukrainischen Regierung auf eine Terrorliste gesetzt wurde mit der Begründung, ich setze mich für einen Waffenstillstand ein oder für die Möglichkeit, über lokale Waffenruhen auch in weitere diplomatische Schritte zu gehen", sagte Mützenich am Samstag beim SPD-Debattenkonvent in Berlin. Er habe deswegen auch Drohungen bekommen. "Auf dieser Grundlage, dass man auf diese Terrorliste der ukrainischen Regierung gekommen ist, hat man ja sozusagen dann auch Sekundärdrohungen bekommen. Auch nicht gerade einfach, damit umzugehen."

Das "Zentrum gegen Desinformation des nationalen Sicherheits- und Verteidigungsrats der Ukraine" hatte Medienberichten zufolge bereits im Juli im Internet eine Liste mit 75 Persönlichkeiten veröffentlicht, auf der auch Mützenich aufgeführt war. Der Vorwurf: Die Verbreitung von "Narrativen", die mit russischer Propaganda übereinstimmten. Mützenich sei mit dem Hinweis aufgeführt gewesen, dass er sich für einen Waffenstillstand einsetze. Die Seite lässt sich inzwischen nicht mehr aufrufen.

Mützenich sagte, wenn der Einsatz für einen Waffenstillstand ein Kriterium für eine solche Liste sei, dann müsse auch UN-Generalsekretär Antonio Guterres daraufgesetzt werden. Er beklagte eine "Diskriminierung" derjenigen, die sich wie er selbst für Diplomatie mit Blick auf den russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine stark machen.
Er warf diese Diskriminierung auch den Koalitionspartnern der SPD vor, also den Grünen und der FDP. "Das geht ja bis hinein auch teilweise zu den Koalitionspartnern. Gegen diesen Rigorismus, gegen den wende ich mich." Mützenich verteidigte seine Forderung nach mehr Diplomatie vehement: "Es bleibt dabei: (...) Die meisten Kriege sind am Ende nicht auf dem Schlachtfeld beendet worden."

FORUM FRIEDENSETHIK

in der Evangelischen Landeskirche in Baden

Leitungskreis: Christiane Drape-Müller, Dr. Dirk-M. Harmsen, Manfred Jeub, Felix Klinger, Peter-Michael Kuhn, Johannes Maier, Helga Schmidt, Jürgen Stude, Dr. Wilhelm Wille

FFE c/o Dr. Dirk-M. Harmsen Bertha-von Suttner-Str. 3a, 76139 Karlsruhe

Herrn
Bischof Friedrich Kramer
EKD-Friedensbeauftragter

Sehr geehrter Herr Bischof Kramer,

während unseres heutigen Studientages vom Forum Friedens Ethik (FFE) zum Thema „Die Friedensbewegung und die Zeitenwende“ haben wir uns nach einem Impulsvortrag „Pazifismus aus pragmatischer Sicht“ von Prof. Dr. Olaf Mueller, Berlin, ausführlich mit möglichen Lösungen des Russland-Ukraine Krieges beschäftigt.

Wir waren uns einig in der Einschätzung, dass weitere Waffenlieferungen in keiner Weise zur Befriedung führen können. Die VertreterInnen aller Initiativen, die in Podiums - und Plenumsdiskussionen zu Wort kamen, stimmten darin überein, dass viel mehr gewaltfreie Konfliktlösungen angestrebt und eingeübt werden müssen und alle diplomatischen Kanäle genutzt werden sollen. Nicht die Militärlogik, sondern eine umfassende Friedenslogik ist notwendig. Dazu gehört auch ein erheblich besseres, gesamteuropäisches Sicherheitsmodell mit angemessenen Ressourcen für Gerechtigkeit, Entwicklungszusammenarbeit und Klimaschutz.

Wir sind dankbar, dass Sie als Friedensbeauftragter der EKD in Ihren Verlautbarungen immer wieder den Stopp von Waffenlieferungen fordern und sich auch für die Ächtung von Atomwaffen einsetzen, um weitere Eskalation zu verhindern.

Deshalb senden wir Ihnen von unserer heutigen Veranstaltung friedvolle Grüße und verbinden sie mit guten Wünschen für Sie persönlich, aber auch für den Erfolg all Ihrer und unserer Bemühungen für eine Kultur der Gewaltfreiheit. Wir hoffen auf eine baldige Beendigung der militärischen Auseinandersetzungen in der Ukraine und weltweit.

Mit freundlichen Grüßen

Der Leitungskreis des Forums Friedensethik (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden
mitsamt den teilnehmenden Organisationen (siehe Anlage: Tagungsprogramm)

Dr. Dirk-Michael Harmsen Phone: +49-721-685289
Bertha-von-Suttner-Str. 3a Fax: +49-3212-104 67 39
D-76139 Karlsruhe, Germany Email: dmharm@web.de

Impressum

Das **„FORUM FRIEDENSETHIK (FFE) in der Evangelischen Landeskirche in Baden“** ist ein ökumenisch offener Zusammenschluss von rund 80 Personen, die eine Diskussion über friedensethische Grundsatzfragen fördern wollen. Probleme der Friedensfindung und -sicherung werden unter Bezug auf die biblische Botschaft beraten. Konträre Positionen in der Gesellschaft über die Bedeutung von militärischen oder pazifistischen Lösungsversuchen werden dabei miteinander ins Gespräch gebracht. Die Gründung erfolgte im Januar 2000. Ein Leitungskreis ist verantwortlich für die Herausgabe von Rundbriefen sowie für die thematische Vorbereitung und Durchführung von Studientagen; er arbeitet ehrenamtlich.

FFE-Rundbrief (Print) ISSN 2198-6878 FFE-Rundbrief (Online) ISSN 2198-6886
http://www.ekiba.de/html/content/rundbriefe.html
Konto des FORUM FRIEDENSETHIK: Volksbank Karlsruhe, IBAN: DE76 6619 0000 0010 2899 55
Redaktion: Dr. Dirk-M. Harmsen, Bertha-von-Suttner-Str. 3a, 76139 Karlsruhe, Tel.: 0721-685289, Fax: 03212-1046739,
und Manfred Jeub, Jacobistr. 54, 79104 Freiburg, Tel. 0761-35468